



Landtag von Baden-Württemberg

70. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 12. Juni 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 9:00 Uhr

Schluss: 11:10 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4203	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/3568.	4221
Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“	4203, 4227	Abg. Alexander Salomon GRÜNE	4221
1. Aktuelle Debatte – Schluss mit Lohndumping und Tariffucht durch den Missbrauch von Werkverträgen – beantragt von der Fraktion der SPD	4203	Abg. Peter Schneider CDU	4222
Abg. Claus Schmiedel SPD	4203, 4211	Abg. Nikolaos Sakellariou SPD.	4223
Abg. Felix Schreiner CDU.	4204, 4209	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP.	4223, 4225
Abg. Alexander Schoch GRÜNE.	4206, 4210	Minister Reinhold Gall.	4224
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	4207, 4211	Beschluss	4226
Ministerin Katrin Altpeter	4208	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. April 2013 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: 2. berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2013 (mit Fortschreibung bis 2016) – Drucksachen 15/3331, 15/3562	4226
2. Aktuelle Debatte – 50 Jahre Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU	4212	Beschluss	4226
Abg. Thomas Blenke CDU	4212, 4218	Nächste Sitzung	4226
Abg. Petra Häffner GRÜNE	4213, 4219	Anlage	
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD.	4215, 4220	Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“.	4227
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP.	4216, 4220		
Minister Reinhold Gall.	4216		
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Informationsfreiheitsgesetz für Baden-Württemberg – Drucksache 15/3114			

Protokoll

über die 70. Sitzung vom 12. Juni 2013

Beginn: 9:00 Uhr

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 70. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Throm und Herrn Abg. Hinderer erteilt.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Minister Stickelberger, Herr Minister Dr. Schmid ab 11:30 Uhr und Herr Minister Hermann ab 12:00 Uhr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der CDU für eine Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“ (*Anlage*). Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen. – Es ist so beschlossen.

(Unruhe)

– Ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen. Ansonsten wird es für die Redner schwierig. Wir sind ein Parlament des „Zuhörensollens“ und nicht des Unterhaltens untereinander. Danke.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Schluss mit Lohndumping und Tarifflucht durch den Missbrauch von Werkverträgen – beantragt von der Fraktion der SPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Schmiedel das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Chefsache!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geht es meinem Unternehmen gut, geht es auch mir gut.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist von der SPD! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Diese Formel, dieses Versprechen der sozialen Marktwirtschaft galt über viele Jahrzehnte in der Bundesrepublik. Das hat dazu beigetragen, dass mit dem wachsenden Wohlstand, mit dem Wirtschaftswunder auch das von Ludwig Erhard, dem Vater der sozialen Marktwirtschaft, gegebene Versprechen „Wohlstand für alle“ als Zielmarke weitgehend eingelöst wurde.

Dieser Zusammenhang zwischen der guten wirtschaftlichen Entwicklung und dem guten persönlichen Einkommen, dem guten Wohlstand, den man hat, wurde aber in den vergangenen Jahren zunehmend zerstört. Zunächst geschah das durch den Einsatz von Leiharbeitern, indem man gesagt hat: „Wir lösen uns von Stammbeschäftigten, setzen Leiharbeiter ein, aber nicht um Konjunkturschwankungen, um Auftragsspitzen abzuglätten, sondern um unsere Lohnkosten zu senken.“ Seit es Mindestlöhne für Leiharbeitern gibt, seit es Branchentarifverträge gibt, werden zunehmend Werkverträge eingesetzt, wird die Arbeit in den Betrieben segmentiert, wird gesagt: „Wir lösen dies aus der Produktionskette, das aus der Produktionskette, jenes aus der Produktionskette und lassen das durch Arbeitnehmer erbringen, die nicht zum Betrieb gehören, die nicht dem Branchentarifvertrag unterliegen, und senken damit unsere Lohnkosten und erhöhen die Gewinne.“

Bei diesem Prozess, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird ein zentraler Punkt des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft zerstört, dass es nämlich Belegschaften gibt, die sagen: „Ich schaffe bei Daimler.“ „Ich schaffe bei Porsche.“ „Das ist mein Unternehmen, dafür setze ich mich ein. Wenn es ihm gut geht, geht es mir gut.“ Wenn wir diesen Zusammenhang zerstören, dann zerstören wir ein wesentliches Element nicht nur der sozialen Marktwirtschaft, sondern auch des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wissen nicht genau, wie viele Werkverträge zu diesem Zweck eingesetzt werden, weil Werkverträge natürlich ein Grundelement des Wirtschaftens sind. Wenn in einer Fabrik eine Wand neu gestrichen werden soll, dann gibt man den Auftrag an ein Malerunternehmen, nicht an die eigene Belegschaft. Dann kommt das Malerunternehmen und erledigt diese Arbeit. Wir wissen es deshalb nicht, weil Werkverträge über den Einkauf abgewickelt werden, nicht über die Personalabteilung, und deshalb der Mitbestimmung der Betriebsräte entzogen sind. Deshalb können wir nur durch eigene Anschau-

(Claus Schmiedel)

ung, indem man in das Werk hineinschaut, spüren, wie stark diese Fehlentwicklung um sich greift. Wir hören aus den Betriebsräten und aus den Gewerkschaften, dass der Anteil der Werkverträge zunimmt, seit es Mindestlöhne für Leiharbeiter gibt, seit es z. B. in der Metallindustrie Branchenbestimmungen für Leiharbeiter gibt.

Jetzt ist durch einen Redakteur des SWR Daimler in den Blickpunkt gerückt. Es wurde spektakulär aufgedeckt, dass da jemand arbeitet, der hilft, Autos zu bauen, und von seiner Arbeit nicht leben kann. Ich sage an dieser Stelle: Das ist inakzeptabel. Ich finde es auch wirklich nicht in Ordnung, dass der zuständige Vorstand, anstatt sich zu entschuldigen, sagt: „Wir müssen das halt machen. Wir können nicht die gesamte Produktionslinie durch Beschäftigte abdecken, denen Tarife für die Metallbranche gezahlt werden, sondern wir müssen schauen, wie wir Teile der Produktion ausgliedern.“ Das ist nicht in Ordnung. Aber Daimler gehört noch zu den Unternehmen, die am wenigsten davon Gebrauch machen, durch solche Konstruktionen über Werkverträge letztlich Lohndumping durch die Hintertür zu betreiben.

Die IG Metall hat eine Untersuchung vorgelegt, bei der deutlich wird, dass Werkverträge in breitem Umfang Einzug gehalten haben. Die Spitze des Eisbergs ist eine Produktionsstätte von BMW in Leipzig, bei der 57 % der Arbeitnehmer in der Fabrik nicht das BMW-Emblem tragen, sondern andere Arbeitgeber haben und dadurch von diesem Zusammenhang „Geht es dem Unternehmen gut, geht es auch mir gut“ abgekoppelt sind. Dieser Entwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir Einhalt gebieten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir können es nicht zulassen, dass der soziale Zusammenhalt zuerst in der Fabrik, im Unternehmen zerstört wird und dann letztlich in der Gesellschaft. Es ist nicht fair, wenn man den Wettbewerb, der natürlich auch in der sozialen Marktwirtschaft elementar dazugehört, dadurch gewinnt, dass man die Löhne drückt und Lohndumping betreibt. Der Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft muss über Qualität, über bessere Produkte, über Innovation, über Kundennähe entschieden werden. „Besser und nicht billiger“, das war das Rezept, mit dem Deutschland Exportweltmeister wurde; Deutschland wurde es nicht, weil die hier hergestellten Produkte billiger waren, sondern wurde es, weil sie besser waren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb ist es nicht nur sozialpolitisch verwerflich, wenn man über solche Konstruktionen, über den Missbrauch von Werkverträgen versucht, den Wettbewerb zu gewinnen. Das ist auch wirtschaftspolitisch falsch, weil man das Augenmerk davon abwendet, zu sagen: „Wir müssen besser sein“, wenn man sagt: „Wir können den Wettbewerb auch gewinnen, indem wir billiger sind.“

Das ist im Grunde genommen der Hintergrund dafür, dass wir in der grün-roten Koalition gesagt haben: „Wir wollen zumindest das, was wir im Hinblick auf die Vergabe öffentlicher Aufträge tun können, tun. Wir wollen verhindern, dass diejenigen öffentlichen Aufträge erhalten, die Lohndumping betreiben, die Leiharbeiter einsetzen, die Billiglöhne bezahlen.“ Nein, wir wollen diejenigen mit öffentlichen Aufträgen behol-

nen, die besser sind, die Tarife bezahlen, die ausbilden, die anständige, die faire Arbeitsbedingungen haben. Es ist schade, dass Sie sich an dieser Stelle verweigert haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es ist auch schade, dass der Grundkonsens der sozialen Marktwirtschaft von Ihnen aufgekündigt wird, wenn es um gesetzliche Mindestlöhne geht. Über Jahrzehnte hat in der Bundesrepublik niemand über gesetzliche Mindestlöhne diskutiert. Ein Gesetz über Grundvoraussetzungen bezüglich der Arbeit wurde inhaltlich nie erfüllt, weil selbstverständlich war, dass Tarife die Untergrenze darstellen. Das war einer der Grundpfeiler für unser Wirtschaftswunder. Dieser ist aber zerstört. Es gibt nach und nach immer weniger Tarifbindung. Deshalb müssen wir alles unternehmen, um erstens Tarife wieder zum Maß aller Dinge zu machen und zweitens in den Bereichen, in denen es keine Tarife gibt, zumindest durch einen gesetzlichen Mindestlohn eine Untergrenze einzuführen. Dass Sie sich auch dem verweigern, das ist wirklich nicht zu verstehen. Denn Ludwig Erhard, der Vater der sozialen Marktwirtschaft – um diese geht es letztlich –, gehört doch in Ihre Reihen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Na, na, na!)

Er hätte dafür gesorgt, dass dieser Grundpfeiler „Wohlstand für alle“ auch durch einen gesetzlichen Mindestlohn umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Deshalb führen wir heute diese Debatte. Wir wissen, dass wir rechtspolitisch nicht für die Neujustierung von Werkverträgen – diese sind unumgänglich – zuständig sind, aber wir wollen eine politische Positionierung auch im Landtag von Baden-Württemberg. Wir wollen, dass an die Unternehmen das Signal geht: Es ist keine nachhaltige Wirtschaftsweise, zu versuchen, sich im Wettbewerb, auch im internationalen Wettbewerb, dadurch zu positionieren, dass man Tarife in den Unternehmen durch Leiharbeiter oder – das nimmt leider jetzt überhand – durch Werkverträge Zug um Zug zurückführt. Das ist nicht nachhaltig. Das werden wir korrigieren.

Wir wollen, dass das, was über viele Jahrzehnte in Baden-Württemberg, aber auch in Deutschland insgesamt gegolten hat, nämlich der soziale Zusammenhang „Wenn es dem Unternehmen gut geht, geht es auch den Arbeitnehmern gut“, wiederhergestellt wird und dass diese Grundregel der sozialen Marktwirtschaft wieder von allen akzeptiert, respektiert und anerkannt wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schreiner das Wort.

Abg. Felix Schreiner CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schmiedel, manches von dem, was Sie gerade gesagt haben, mag richtig sein,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Alles!)

(Felix Schreiner)

aber ich glaube, Ludwig Erhard hätte sich angesichts der Par- teitagsrede, die Sie gerade gehalten haben, im Grab umge- dreht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Er wäre in die SPD eingetreten, mein Lieber!)

Meine Damen und Herren, die in der Berichterstattung von ARD und SWR über den möglichen Missbrauch von Werks- verträgen

(Abg. Walter Heiler SPD: Werkverträgen!)

geschilderten Vorfälle bei Daimler, zuletzt aber auch bei Ama- zon und weiteren – in der Berichterstattung wurden Beispie- le genannt –, haben uns alle betroffen gemacht. Wir sind uns einig: Missbrauch beim Einsatz von Werkverträgen ist nicht akzeptabel. Deshalb muss jeder einzelne Vorfall untersucht werden. Vor allem muss kontrolliert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Berichterstattung im SWR skandalisiert die Debatte na- türlich auch ein wenig. Der SWR-Redakteur Jürgen Rose ging unter falscher Identität über den Dienstleister Preymesser in das Unternehmen. In der Berichterstattung ist die Rede von „Lohnsklaven“ und von „Hungerlohn am Fließband“.

In der Stellungnahme des Daimler-Konzerns – Sie kennen die- se – wird ausgeführt, dass der Konzern über Werkverträge Dienstleistungen und Arbeiten in Auftrag gegeben hat, die nicht im Mittelpunkt der eigenen Wertschöpfungskette stehen – also in den Bereichen Logistik, Gebäudereinigung oder Ma- lerarbeiten. Auch im aktuellen Fall hat der Redakteur nicht die gleiche Arbeit wie die Daimler-Mitarbeiter ausgeführt. Ich gebe nur wieder, was der Daimler-Konzern uns allen geant- wortet hat.

Ich hatte Kontakt zu Daimler. Gestern fand eine Betriebsver- sammlung zu diesem Thema statt, und ich hatte für die CDU- Landtagsfraktion im Vorfeld deutlich gemacht, dass das Inst- rument des Werkvertrags eben nicht dazu dienen darf, dass Tarifverträge ausgehebelt werden. Das ist nicht akzeptabel. Herr Schmiedel, da sind wir gar nicht so weit auseinander: Es geht im Kern darum, dass Scheinwerkverträge gerade dort, wo eine tatsächliche Arbeitnehmerüberlassung stattfindet, aus- gemerzt werden. Denn mit ihnen läge ein Missbrauch des Inst- ruments Werkvertrag vor, und genau dieser Missbrauch, Herr Schmiedel, ist illegal. Deshalb müssen wir über die Fol- gen dieses Missbrauchs gar nicht diskutieren,

(Zuruf von der SPD: Doch!)

denn dieser Missbrauch ist schon heute illegal, und es gibt kla- re Regelungen und klare Kriterien in der Rechtsprechung, wie man hier vorgehen muss. Frau Arbeitsministerin von der Leyen, die Bundeskanzlerin und viele andere haben sich da- zu in den letzten Wochen auch in der Weise geäußert, dass be- stehende Rechtslücken, die z. B. die nachträgliche Umwand- lung eines Werkvertrags in einen Zeitarbeitsvertrag ermögli- chen, behoben werden müssen. Auch hierüber besteht kein Dissens.

Weil es bei diesem Thema vornehmlich um bundespolitische Zuständigkeiten geht, ist es schon ganz hilfreich, wenn man sich an die Debatte im Deutschen Bundestag im Februar die- ses Jahres erinnert und sich genau anschaut, was die SPD- Bundestagsfraktion da als Antrag eingebracht hat.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh!)

Sie haben sicherlich gehofft, dass wir das vergessen haben; wir haben es aber nicht vergessen. Sie haben dort ein ganzes Sammelsurium von Maßnahmen im Bereich der Werkverträ- ge gefordert, das Sie unter Rot-Grün 2002 selbst abgeschafft haben. Da wurden z. B. die Vermutungsregelung und eine Höchstdauer im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung – al- les, was 2002 abgeschafft wurde – neu beantragt. Im Antrag heißt es dann in etwa sinngemäß weiter, für die Leiharbeit existiere mittlerweile ein Mindestlohn; die Leiharbeit sei ein Instrument zum Lohndumping gewesen und sei heute für die Unternehmen unattraktiver.

Erst schimpfen Sie also, dass Leiharbeit Lohndumping ist, und dann legen Ihre Genossen in Berlin einen Antrag vor, der ge- nau das Gegenteil behauptet. Ich finde es schon wichtig, dass wir hier in diesem Haus gemeinsam klären, was denn nun Sa- che ist, insbesondere auch für die Auseinandersetzung in den kommenden Monaten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Offenbar sind die Umfragewerte für die SPD derzeit ziemlich beschämend. Rechtzeitig hat man sich dann auf den Weg ge- macht, nach einem geeigneten Thema zu suchen, nachdem das Thema Leiharbeit als Buhmann nicht mehr geeignet ist.

Der Begriff „Werkvertrag“ ist im Jahr 1900 in das Bürgerli- che Gesetzbuch hineingeschrieben worden.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: So ein Nonsens! Der Missbrauch der letzten Jahre ist doch das Prob- lem!)

Er hat also 113 Jahre lang die deutsche Politik überlebt, bis Herr Schmiedel jetzt darauf aufmerksam geworden ist, um uns hier rechtzeitig im Vorwahlkampf zu zeigen, was hier wirklich los ist.

(Vereinzelt Beifall)

Sie haben es ja selbst gesagt: Es gibt keine verlässlichen Zah- len und Daten darüber, wie viele Werkverträge im Dienstlei- stungsbereich in Baden-Württemberg bestehen und wie viele Menschen tatsächlich betroffen sind. Die Faktenlage – das ha- ben Sie der Reaktion auf Ihre Aussagen in der Presse ja ent- nehmen können – ist ziemlich dünn. Aber wenn man Ihnen und der SPD zuhört, könnte man fast meinen, ganz Baden- Württemberg würde zunehmend verelenden, weil die Mitar- beiter alle nur noch auf der Grundlage von Werkverträgen be- schäftigt würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Schmiedel, ich muss Ihnen schon sagen: Sie urteilen hier über Unternehmen und reden immer nur über den Missbrauch. Aber die große Zahl der Unternehmen in Baden-Württemberg

(Felix Schreiner)

geht mit ihren Mitarbeitern anständig um und nutzt das Instrument der Werkverträge allerhöchstens zur Erhaltung der Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb bin ich schon verwundert darüber, was Sie alles in der Presse gesagt haben. Hören Sie bitte auf, permanent den leistungsfähigen Mittelstand in unserem Land Baden-Württemberg schlechztureden

(Zurufe von der CDU zur SPD: Sie betreiben Wettbewerbsverzerrung! – Darum geht es doch!)

und alle unter Generalverdacht zu stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie brandmarken Daimler, ohne zu wissen, ob die Vorwürfe stimmen oder nicht stimmen. Wir haben gesagt, man muss es untersuchen, Sie aber meinen, über einen der wichtigsten Arbeitgeber in diesem Land vorab urteilen zu können. 100 000 Beschäftigte, ein Drittel aller Auszubildenden in der gesamten Automobilindustrie sind bei Daimler in Baden-Württemberg. Ich finde es unsäglich, dass heute eine solche Debatte auf dem Rücken eines der größten und wichtigsten Unternehmen in diesem Land geführt wird.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Da geht es um das Image!)

Für uns, die CDU-Fraktion, ist klar: Jedem Verdacht muss nachgegangen werden. Es muss untersucht werden.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Autos bauen mit Hartz IV!)

Missbrauch ist illegal, ist ein Straftatbestand. Schuldige müssen mit aller Härte bestraft werden. Aber dafür brauchen wir in diesem Bereich vor allem eines, nämlich Kontrollen, Kontrollen, Kontrollen.

Deshalb meine herzliche Bitte an Sie, Herr Schmiedel: Wir können jetzt ganz sachlich über Daten und Fakten diskutieren. Aber hören Sie damit auf, alle Unternehmen in diesem Land unter Generalverdacht zu stellen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schoch das Wort.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrtes Publikum! Sehr geehrter Herr Schreiner, ich wundere mich natürlich schon etwas darüber, dass Sie diese Debatte für nicht angebracht halten. Denn meiner Meinung nach kommt das Thema dieser Debatte nicht einfach aus dem Nichts. Grund für die Debatte ist vielmehr, dass Werkverträge für Lohndumping und Tarifflicht missbraucht werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist das so? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist ein Problem der letzten Jahre!)

– Das ist nicht erfunden, sondern es ist klar dokumentiert worden, Herr Hauk. Es ist auch durch ein Gutachten des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie belegt, das in der letzten Woche vom DGB veröffentlicht wurde. Darin wird festgestellt, dass die prekäre Beschäftigung in Baden-Württemberg in den letzten Jahren – genauer gesagt: in den letzten zehn Jahren – kontinuierlich gestiegen ist und dass Tarifflicht und Lohndumping im Wege von Werkverträgen noch verstärkt worden sind. Genau dagegen wenden wir uns.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Problematik ist ja, wie ich vorhin schon sagte, nicht einfach aus dem Nichts entstanden. Vielmehr ist das Thema durch eine Reportage des Südwestrundfunks aufgeschlagen. Der Reporter des Südwestrundfunks, der im Unternehmen Daimler gearbeitet hat, hat darin klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Tarifflicht und Lohndumping stattfinden – und dies auf Kosten der Allgemeinheit. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger finanzieren die Lohndifferenz, die Daimler-Benz nicht tragen möchte. Das kritisieren wir. Das heißt nämlich gleichzeitig, dass Tarifverträge nicht eingehalten werden und dass stattdessen auf Kosten der Allgemeinheit Tarifflicht begangen wird. Das wollen wir nicht dulden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vor ein paar Jahren mussten wir uns mit dem Thema „Schlecker-Skandal“ auseinandersetzen. Auch dabei ging es um Sozialdumping und Tarifflicht. Ich möchte zwar keinen unmittelbaren Vergleich ziehen, aber dennoch feststellen, dass nun durch Daimler-Benz mit der Problematik von Werkverträgen das Thema „Tarifflicht und Sozialdumping“ auf die Tagesordnung kommt.

Ich denke, in einem Land, das sich rühmt, für gute und sichere Arbeit zu stehen, ist es selbstverständlich, dass sich ein Unternehmen – ein Vorzeigeunternehmen – wie Daimler-Benz nach außen, aber eben auch nach innen hin entsprechend verhält und sicherstellt, dass Tarifverträge eingehalten werden.

Ich möchte dies noch einmal betonen, und ich möchte an dieser Stelle Daimler-Benz bitten – mehr als bitten können wir von dieser Stelle aus ja nicht –, gemeinsam mit dem Betriebsrat Betriebsvereinbarungen festzulegen, in denen auch eine Abgrenzung von Werkverträgen definiert wird.

Herr Schreiner, wenn Sie meinen, unsere Kritik daran, dass Daimler-Benz Werkverträge nutzt, um Tarif- und Lohndumping zu betreiben, erfolge aus dem hohlen Bauch heraus, möchte ich Ihnen eine Aussage von Michael Clauss, Betriebsrat bei Daimler, aus dem „Handelsblatt“ zitieren:

„Überall dort, wo es ums Kommissionieren, Auflegen und Abnehmen am Band geht, versucht Daimler mit Werkverträgen zu arbeiten“, ... Solche einfachen Jobs ziehe das Unternehmen aus der Gruppenarbeit heraus, um Geld zu sparen, „das könnte um die 10 % der Produktionsarbeitsplätze kosten.“

Sehr geehrte Damen und Herren, hier wird nicht Hand in Hand mit der Stammbelagschaft gearbeitet, hier werden über Werkverträge Arbeitsabläufe ausgegliedert und wird Lohndumping betrieben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Alexander Schoch)

Aus diesem Grund begrüßen wir auch die Initiative der Landesregierung, über eine Bundesratsinitiative die entsprechenden Gesetzeslücken, die leider bisher von der Bundesregierung nicht geschlossen worden sind, zu schließen, um Lohndumping und auch Tariffucht zu verhindern. Es ist unsere Aufgabe, in der Zukunft, in einer globalisierten Welt, in einer sozialen Marktwirtschaft Rahmenbedingungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass Lohn- und Sozialdumping nicht funktioniert.

Danke sehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Erfinder der sozialen Marktwirtschaft – er wurde bereits hervorgehoben – hat vor genau 60 Jahren gesagt: „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat er nicht gesagt!)

– Das hat er gesagt, Herr Kollege Schmiedel. Sie haben ihn angesprochen; dann darf ich ihn auch zitieren, damit wir das hier richtig aufgreifen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Schmiedel ist Ludwig-Erhard-Experte!)

Er hat gesagt, Freiheit und Wettbewerb seien die entscheidenden Stellhebel der sozialen Marktwirtschaft. Wir wissen heute, dass flexible Beschäftigungsformen entscheidende Stellhebel dafür sind, dass wir die Entwicklung genommen haben, die uns heute von anderen europäischen Ländern deutlich abhebt. Es ist äußerst bedauerlich, dass diejenigen, die vor einiger Zeit mit der Agenda 2010 die ersten Schritte dahin gehend gemacht haben, heute nichts, aber auch gar nichts mehr davon wissen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist äußerst bedauerlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn immer gesagt wird, Herr Kollege Schoch, dass es bei uns eine derart negative Entwicklung gebe, dann sollten wir uns schon einmal die Zahlen anschauen. Gegenüber 2005 haben wir zwei Millionen Beschäftigte mehr. Davon sind 75 % in normalen Arbeitsverhältnissen, in festen Arbeitsverhältnissen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

In Baden-Württemberg ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen um etwa 50 % von 2,4 auf 1,2 Millionen gesunken, Herr Kollege Winkler. Der Anteil der Zeitarbeitnehmer, der über die Jahre hinweg konstant geblieben ist, liegt aktuell bei 2,1 %. Im Hinblick auf die Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer – zwei Drittel waren vorher arbeitslos und ein Sechstel sogar länger als ein Jahr arbeitslos – glaube ich, dass wir mit den gewählten Elementen die richtige Richtung eingeschla-

gen haben. Der Anteil derjenigen, die befristet beschäftigt sind, liegt bei knapp unter 10 %. Auch dieser Wert hat sich in den letzten Jahren in Deutschland nicht verändert.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Vergrößert!)

Hören Sie also mit diesem Wahlkampfgetöse auf. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Sie sprechen die Werkverträge an. Ich selbst komme aus dem Planungsbereich und habe in den letzten 20 Jahren regelmäßig Werkverträge gemacht. Ich sage Ihnen: In den letzten Jahren ist unsere Arbeitswelt noch komplexer, noch umfangreicher, noch arbeitsteiliger geworden, sodass Sie dieses Instrument, das schon die alten Römer hatten, nicht schlechtreden sollten. Deswegen ist es wichtig, dass wir dieses Modell der flexiblen Beschäftigung auch weiterhin aufrechterhalten. Das ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig. Wir sind uns einig darin, dass sogenannte Scheinwerkverträge nicht zu tolerieren sind. Das ist gar keine Frage. Das ist nicht in Ordnung; das darf auch nicht sein. Dafür brauchen wir aber keine neue gesetzliche Grundlage; dafür reichen die bestehenden Formen aus.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich mit dem Thema Betriebsprüfungen beschäftigt. Ich mache das seit 20 Jahren. Es gibt ja Betriebsprüfungen der Steuerprüfer: Umsatzsteuer-, Lohnsteuer-, Sozialversicherungsprüfung. Wer das schon einmal mitgemacht hat, weiß: Die Prüfer – die diskreditieren Sie nämlich auch mit dieser Diskussion – gehen sehr gewissenhaft vor. Sie prüfen auch sehr gewissenhaft, ob die Werkverträge in Ordnung sind. Sie sollten einmal darüber nachdenken, wie Sie sich bei den Betriebsprüfern für die Diskussion, die Sie hier führen, entschuldigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Jetzt machen Sie das Fass mit der Daimler AG auf. Herr Kollege Schmiedel, ich möchte schon darum bitten, zu berücksichtigen, dass die Daimler AG eine umfangreiche Stellungnahme dazu abgegeben hat. Mir wäre es aber noch lieber, wenn heute an dieser Stelle der Minister für Finanzen und Wirtschaft Stellung beziehen würde, insbesondere auch zur Stellungnahme der Daimler AG

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

zu dieser Geschichte, zu diesem Vorfall. Denn in dieser Debatte geht es nicht um Sozialpolitik, sondern um die Wirtschaftspolitik im Land Baden-Württemberg. Herr Dr. Schmid, kommen Sie bitte nachher ans Rednerpult, und erklären Sie das einmal. Das wäre mir wichtig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Daimler AG hat seit dem Jahr 2004 über 3 000 Zeitarbeitnehmer in feste Arbeitsverhältnisse übernommen. Auch das könnte man durchaus einmal sagen. Es ist keine Frage, dass auch die Daimler AG – wie viele andere Unternehmen – im Rahmen des Fertigungsprozesses bestimmte Aufgaben nicht mehr selbst übernimmt, beispielsweise bei Logistikdienstleis-

(Jochen Haußmann)

tungen oder auch im Bereich von Handwerksdienstleistungen. Das ist ganz klar. Dieses Instrument wird man auch im Zuge des internationalen Wettbewerbs immer brauchen. Man muss auch immer prüfen, ob man wettbewerbsfähig bleibt.

Das, was Sie hier machen, führt dazu, dass Unternehmen verunsichert werden, wenn sie sich entscheiden müssen, ob sie mehr nach draußen geben, ob sie mehr outsourcen oder – noch schlimmer – bestimmte Teile vielleicht sogar ins Ausland verlagern.

Wenn Sie hier schon immer auf dem Mindestlohn bestehen, dann sollten Sie nicht vergessen, dass es viele Länder in Europa gibt, in denen es einen Mindestlohn von weniger als 2 € pro Stunde – der niedrigste Mindestlohn in einem Mitgliedsstaat der EU liegt bei 92 Cent – gibt. Ich frage Sie: Wollen Sie, dass man diese Entwicklung forciert, dass Firmen angesichts dieser Planwirtschaft und Staatswirtschaft, wie sie sich für Grün-Rot jetzt abzeichnet, vielleicht noch stärker ins Ausland abwandern? Wir wollen das mit unserer Politik nicht. Deswegen muss diese Politik auch in Berlin fortgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Führen wir uns noch einmal vor Augen – wir sind ja zunehmend im Wahlkampf –, was uns in Baden-Württemberg und vielleicht bundesweit droht – ich will nur ein paar Stichworte nennen –: Entgeltgleichheitsgesetz, Bildungsfreistellungsgesetz, Mindestlohn, Frauenquote,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Lauter schlimme Sachen, oder?)

die extremen Visionen des Verkehrsministers, um die CO₂-Grenzwerte im Bereich der Automobile zu reduzieren, was insbesondere dem Standort Baden-Württemberg massive Probleme bereiten würde. Nicht zuletzt ist Ihr Wahlprogramm im Bereich Steuern zu nennen. Das haben wir hier schon intensiv diskutiert. Als weiteres Beispiel ist die Bürgerversicherung zu nennen. Ein Facharbeiter bei Daimler, der 5 000 € verdient, würde mit dem Bürgerversicherungsmodell der SPD künftig 23,5 % mehr bezahlen, nämlich 811 €.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Da frage ich mich: Wie wollen Sie künftig Wirtschaftspolitik machen? Deswegen sage ich: Herr Wirtschaftsminister Dr. Schmid, nehmen Sie bitte hier Stellung, und rechtfertigen Sie auch diese Entwicklung bei Daimler. Daimler hat sich dafür gerechtfertigt und zu Recht auf die Position des Unternehmens hingewiesen. Deswegen fordere ich Sie auf, dazu Stellung zu nehmen, weil das ein wirtschaftspolitisches Thema ist; überlassen Sie das nicht der Sozialministerin.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter das Wort.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Werkverträge werden in der deutschen Wirtschaft ständig praktiziert, und sie sind unstrittig, solange sie zu einer sinnvollen Arbeitsteilung führen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das können Sie beurteilen, oder wie?)

Nicht jeder Werkvertrag bedeutet automatisch niedrige Löhne. Es gibt mit Sicherheit unproblematische Auslagerungen von Arbeiten, wie beispielsweise Forschungstätigkeiten oder auch EDV-Arbeit. Auch der DGB spricht sich nicht grundsätzlich gegen Werkverträge aus.

Das Problem besteht jedoch im Missbrauch von Werkverträgen als Instrument zum gezielten Lohndumping und zum Unterlaufen von Arbeitnehmerrechten. Durch Outsourcing über das Instrument Werkvertrag werden die Beschäftigungsrisiken auf die Schwächsten in der Wertschöpfungskette abgewälzt. So gelten bei Werkverträgen weder das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz noch Branchenmindestlöhne, auch Sozialversicherungsbeiträge werden nicht entrichtet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das soll geregelt sein!)

Während der Missbrauch von Leiharbeit, um Löhne zu drücken und Arbeitnehmerrechte auszuhebeln, inzwischen weitgehend erkannt ist und auch zunehmend eingedämmt wird, ist das beim Missbrauch von Werkvertragsarbeit bislang noch nicht der Fall.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch schon verboten!)

Vielmehr mehren sich die Anzeichen, dass Arbeitgeber wegen der zunehmenden Regulierung in der Leiharbeit verstärkt in die Grauzone der Werkvertragsarbeit ausweichen. Wenn Hubertus Heil, den ich hier zitieren darf, sagt: „Wasser sucht sich seinen Weg“, dann gilt nach allem Anschein für Lohnrückerei dasselbe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Wer ist Hubertus Heil? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ein schlechtes Zitat beim jetzigen Hochwasser! – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen uns derzeit keine statistisch belastbaren Daten über das Ausmaß der Werkvertragsarbeit vor. Die Gewerkschaften allerdings schätzen, dass die Größenordnung allein im Handel mehrere Hunderttausend Beschäftigte beträgt, ebenso wie in der Automobilindustrie. Dort liegt die Quote der Arbeitnehmer mit Werkverträgen offenbar bei 5,3 %.

Eine Umfrage der IG Metall hat ergeben, dass 36 % der Betriebsräte von Unternehmen, die Werkverträge einsetzen, sagen, dass auf diesem Weg Stamarbeitsplätze ersetzt würden. Das kann es wirklich nicht sein. Es darf nicht sein, dass mit Werkverträgen, die schlechter bezahlt sind, Stamarbeitsplätze ersetzt werden, dass vom Arbeitnehmer, von der Arbeitnehmerin zusätzlich aufstockende Leistungen bezogen werden

(Ministerin Katrin Altpeter)

müssen und so wiederum der Staat die Arbeit von Betrieben subventioniert, die unzulässigerweise Werkverträge einsetzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die hohe Zahl von Erwerbstätigen und die vergleichsweise günstige Arbeitslosenquote in unserem Land dürfen nicht den Blick auf die wachsende atypische oder prekäre Beschäftigung verstellen, denn damit sind Beschäftigungsrekorde sehr teuer erkauft, zu teuer erkauft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Werkverträge mit Einzelpersonen sind Teil der atypischen Beschäftigung, die häufig in Form von ungeschützten und unsicheren, prekären Jobs auftritt, z. B. dann, wenn keine anderen Einkommensquellen mehr vorhanden sind. Wir sehen auch, dass durch den verstärkten Einsatz von Scheinwerkverträgen Tarifverträge umgangen und Lohnuntergrenzen unterlaufen werden. Arbeitnehmer, die im Rahmen von Werkverträgen beschäftigt werden, erhalten teilweise Löhne von nur wenig mehr als 6 € pro Stunde, und ich finde, allein daran wird schon deutlich, wie dringend wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in der Bundesrepublik mit einer Untergrenze von 8,50 € brauchen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Denn es darf uns nicht nur darum gehen, Menschen in Beschäftigung zu bringen, sondern es kann und muss uns vor allem auch um die Qualität der Beschäftigung gehen. Wir brauchen gute und sichere Arbeit, die gerecht entlohnt wird, die nicht krank macht und die eine auskömmliche Rente im Alter sichert.

Baden-Württemberg hat sich vorgenommen, ein Musterland für gute Arbeit zu werden. Das erfordert eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Denn es ist skandalös und völlig inakzeptabel, dass in unserem Land Menschen mit Dumpinglöhnen abgespeist werden für Arbeiten, die eigentlich von den Stammebelegschaften und zu anständigen Löhnen ausgeführt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, heute genauso wie die Regierungsfractionen Scheinwerkverträge verurteilen, dann frage ich mich, warum CDU und FDP dem Antrag für gute und sichere Arbeit, den wir Anfang Mai in den Bundesrat eingebracht haben, nicht zugestimmt haben. Mit diesem Antrag wollen wir umfassende gesetzliche Änderungen für eine zukunftsfähige und faire Arbeitsmarktpolitik gestalten. Dabei geht es auch darum, die Umgehung von Arbeitnehmerschutzrechten durch Scheinverträge zu verhindern.

Ich wundere mich schon über das Abstimmungsergebnis im Bundesrat. Die von CDU und FDP geführten Bundesländer haben unseren Antrag, der jetzt dem Bundestag zugeht, abgelehnt.

Ich finde, es würde der Bundesregierung gut anstehen, diesen Antrag im Bundestag endlich zu behandeln, entsprechende

gesetzliche Regelungen gegen die Ausbeutung von Beschäftigten zu schaffen und vor allem endlich aufzuhören, das Problem zu leugnen, und Farbe zu bekennen, wie wichtig ihr die Fragen der sozialen Gerechtigkeit tatsächlich sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Vorhin war hier davon die Rede, wir würden den Mittelstand schlechtreden. Es geht bei Weitem nicht darum, den Mittelstand schlechtzureden, sondern Missstände dort zu formulieren, wo sie bestehen, und gemeinsam dazu beizutragen, diese zu beseitigen – im Sinne eines starken Mittelstands, einer starken Wirtschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es geht nicht darum, den Mittelstand schlechtzureden, sondern es geht darum, Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern – für ein sozial gerechtes Land. Denn ich möchte nicht nur stolz auf die Produkte sein, die es in Baden-Württemberg gibt, sondern ich möchte auch stolz darauf sein, wie sie produziert werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schreiner das Wort.

Abg. Felix Schreiner CDU: Sehr geehrte Kollegen! Über das Zitat von der Frau Ministerin will ich jetzt nicht reden. Da fand ich noch besser, dass Herr Schmiedel Ludwig Erhard zitiert hat. Das war ein bisschen geistreicher.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Seien Sie nicht so anmaßend, Herr Kollege! – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Schulnoten!)

Herr Schoch, wenn Sie mir vorwerfen, dass ich die Debatte bzw. den Titel der Debatte kritisiert habe, möchte ich Ihnen sagen –

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Das haben wir doch überhaupt nicht gesagt. Wir haben überhaupt nicht kritisiert, dass diese Debatte beantragt wird. Vielmehr habe ich – ich finde, mit Recht – kritisiert, was Herr Schmiedel im Vorfeld über die Presse gesagt hat. Ich finde, es würde auch zur Wahrheit gehören, dass Sie sagen, worum es heute wirklich geht. Denn die Wahrheit ist heute nicht, dass wir eine Debatte wegen des Missbrauchs von Werkverträgen führen, sondern die Wahrheit ist doch: Es geht Ihnen um eine Debatte im Vorfeld der Bundestagswahl.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich halte es nach wie vor für ein Problem, wenn wir diese Debatte auf dem Rücken der Unternehmen in diesem Land führen, wenn Sie ständig von den Unternehmen im Land sprechen, ohne wirklich belegen zu können, inwieweit Missbrauch vorkommt. Missbrauch beim Werkvertrag ist ein Straftatbestand. Das steht hier überhaupt nicht zur Diskussion.

(Felix Schreiner)

Jeder in diesem Haus ist mit Ihnen der Meinung, dass wir diesem Missbrauch durch Kontrollen vorbeugen sollten. Aber wir finden auch, dass es keines neuen Gesetzes und keiner gesetzlichen Änderung bedarf. Im Gegenteil: Es ist, glaube ich, sehr gut, dass auch nach der kommenden Bundestagswahl Schwarz-Gelb mit Angela Merkel im Bund regieren wird, damit solche Auswüchse verhindert werden können.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schoch.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Schreiner, wenn Sie sagen, dass wir das Problem der Werkverträge nicht aufnähmen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann hat er recht!)

dann muss ich Ihnen ganz deutlich sagen: Wir nehmen das Problem bewusst auf, weil es eben entsprechend aufgeschlagen ist, weil es bei Daimler-Benz aufgeschlagen ist und weil auch der Betriebsrat von Daimler-Benz entsprechend reagiert hat

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

und dies auch in die Öffentlichkeit gebracht hat. Nicht nur der betreffende SWR-Reporter hat dies in die Öffentlichkeit gebracht, sondern auch der Betriebsrat.

Herr Haußmann, es geht nicht darum, Werkverträge zu kritisieren. Werkverträge gibt es schon ewig lange.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Seit 1900!)

Diese haben mit den richtigen Rahmenbedingungen natürlich auch in einer sozialen Marktwirtschaft Bestand.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die stehen schon im BGB!)

Letztlich ist doch die Frage, wie diese Werkverträge genutzt werden. Diese Frage stellt sich insbesondere dann, wenn sogenannte Scheinwerkverträge entstehen, wenn Missbrauch entsteht und wenn, wie schon des Öfteren in dieser Debatte angesprochen, Lohndumping und Tariffucht begünstigt werden. Genau das wollen wir verhindern.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Genau!)

Es bedarf entsprechender gesetzlicher Regelungen, um diesen Missbrauch zu verhindern. Dieser Missbrauch ist bislang möglich, weil es Gesetzeslücken gibt.

In einer globalisierten Welt besteht natürlich Wettbewerb. Das fordert die Unternehmen heraus. Aber in diesem Wettbewerb hat sich gezeigt, dass Deutschland ein guter Standort ist. Sonst wären nämlich im Endeffekt schon viele Unternehmen aus Deutschland abgewandert. Aber das Gegenteil ist der Fall: Die Textilindustrie siedelt sich sogar wieder hier an. Wir haben also einen guten Standort, Herr Haußmann – trotz unserer Regelungen.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Nicht wenn Sie noch mehr Porzellan zerschlagen!)

Ich meine, diese Werkverträge gehören dort geändert, wo Lücken bestehen, durch die es ermöglicht wird, Tariffucht zu begehen. Das heißt, wir brauchen eine klare Abgrenzung zwischen Arbeitnehmern und Werkvertragsbeschäftigten. Schon 1996 wurde von Norbert Blüm kritisiert, dass diese Abgrenzung nicht vorhanden ist. Leider Gottes wurde diese Abgrenzung nicht entsprechend weiterverfolgt. Ich denke, dies wäre damals schon notwendig gewesen.

Wir haben festgestellt, dass aufgrund der Leiharbeitsproblematik gewisse Leitplanken erforderlich sind, damit keine Probleme für die Stammbesellschaft verursacht werden. Diese Leitplanken sind eingeführt worden. Sie sind teilweise wieder geändert worden, aber dann wieder verbessert eingeführt worden.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Von Schwarz-Gelb!)

Dies ist geschehen, weil man die entsprechende Erfahrung gemacht hat.

Das Gleiche gilt für die Werkverträge. Es ist ein Trend in Richtung Werkverträge vorhanden. Das belegt die Studie, die vom DGB in Auftrag gegeben worden ist, eindeutig. In dieser Studie wird ganz deutlich, dass wir die Werkverträge so regeln müssen, dass Tariffucht und Lohndumping nicht möglich sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher möchte ich an dieser Stelle noch einmal Folgendes sagen: Vorhin hat jemand gesagt – Herr Schreiner, ich glaube, das waren Sie –, 75 % der in Deutschland vorhandenen Arbeitsplätze seien sozialversicherungspflichtig.

(Abg. Felix Schreiner CDU: 29 Millionen!)

Aber 35 % der Arbeitnehmer befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Das muss man auch sehen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 25%! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr! Sie sind doch auch nicht prekär beschäftigt! Vielleicht nach der nächsten Wahl! Unglaublich!)

Daher denke ich, hier besteht Handlungsbedarf. Deswegen ist es wichtig, dass wir hierzu eine Bundesratsinitiative ergreifen, um die Abgrenzung zu den Werkverträgen gut zu regeln, damit Tariffucht und Lohndumping verhindert werden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Ihre Rechenkünste scheinen schon gemeinschaftsschulverdächtig zu sein! – Gegenruf des Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Können Sie nicht auf 100 zählen? Es kann auch sein, dass $a + b + c = 100$ % ergibt! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Abg. Peter Hauk CDU: Wie wäre es mit einem neuen Spruch? Das ist langweilig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon etwas überrascht und verwundert, dass der Wirtschaftsminister zu diesem Thema nicht spricht. Es wäre an dieser Stelle auch Gelegenheit gewesen, sich bei der Daimler AG zu entschuldigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Frau Sozialministerin, Sie können gern einmal mit zu einem Termin gehen, bei dem ein Sozialversicherungsprüfer im Unternehmen ist und die Werkverträge prüft. Das gibt es schon seit vielen Jahren. So, wie ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rentenversicherung kenne, die die Prüfungen durchführen, machen sie das sehr gewissenhaft. Insofern kann ich nicht erkennen, wo in Baden-Württemberg ein systematischer Missbrauch entstehen sollte. Das, was Sie machen wollen, ist, in das unternehmerische Handeln einzugreifen. Ich würde sagen, wir sollten das lieber den Unternehmen überlassen. Der Staat sollte hier nicht eingreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist halt Sozialismus! – Zuruf von der CDU: Wo er recht hat, hat er recht!)

Sie haben das hier kritisiert. Jetzt wollen wir einmal schauen, wie sich das Land Baden-Württemberg verhält. Denn der öffentliche Arbeitgeber sollte als Vorbild vorangehen. Als CDU und FDP/DVP regiert haben, haben Sie regelmäßig Jahr für Jahr kritisiert, dass man Referendare nach Ende der Referenzzeit in die Arbeitslosigkeit entlässt, um sie dann nach den Sommerferien wieder einzustellen. Wir jungen Abgeordneten – Herr Dr. Kern hat diesen Antrag gestellt – hatten gedacht, es wäre das Erste, dass Sie, wenn Baden-Württemberg das Land für gute und sozial gerechte Arbeit sein will, diesen Umstand sofort beenden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vorbild!)

Insofern waren wir sehr überrascht, dass Grün und Rot dieses Verfahren nicht verändert haben, nachdem sie es jahrelang kritisiert hatten. Das ist scheinheilig.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Scheinheilig!)

Bemerkenswert ist auch, dass die Pfortnertätigkeit bei den Landesministerien über das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft im Zuge der Dienstleistungsüberlassung an Drittunternehmen, an externe Unternehmen, vergeben wird. Bemerkenswert ist zudem, dass die Sozialministerin diese Situation offensichtlich im eigenen Ministerium ändern möchte. Es wäre dann doch, meine ich, ehrlich, zu sagen: Wenn man es ändern will, dann sollte man es überall, in allen Ministerien, ändern. Es ist für mich eine scheinheilige Diskussion, wenn man sagt: „Im eigenen Ministerium wollen wir natürlich Muster der guten Arbeit sein, aber in den anderen Ministerien ist es uns egal.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Alles Show! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich glaube, mit dieser Debatte haben Sie sich keinen Gefallen getan.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Persönliche Erklärung! – Gegenruf von der CDU: Was? – Abg. Volker Schebesta CDU: Haben Sie keine Redezeit mehr? Herr Schmiedel, haben Sie zu viel geredet in der ersten Runde? Das ist aber peinlich!)

Für eine persönliche Erklärung wird Herrn Abg. Schmiedel das Wort erteilt. – Eine persönliche Erklärung, Herr Kollege Schmiedel, muss die Vorgaben nach § 82 b Absatz 2 der Geschäftsordnung einhalten.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Absatz 2, Herr Präsident, genau.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was ist denn der persönliche Vorwurf?)

Herr Schreiner hat behauptet, wir führten diese Debatte,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Persönlich!)

weil Wahlkampf sei. Das weise ich als unverschämt zurück.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg. Volker Schebesta CDU: Persönlich!)

Wir haben jetzt keinen Wahlkampf; den haben wir in drei Jahren.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Zurückweisung eines persönlichen Angriffs!)

Vielmehr gibt es Missbrauch von – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Missbrauch der Politik!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich muss eine Richtigstellung vornehmen.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, ja. – Sie haben eingeräumt, dass es Missbrauch von Werkverträgen gibt, aber Sie tun nichts dagegen. Das ist der Punkt.

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das machen wir aber in Zukunft auch! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Schmiedel, dies ist keine nach § 82 b Absatz 2 der Geschäftsordnung vorgesehene Zurückweisung eines – –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann die Sitzung selbst leiten.

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD – Zurufe von der CDU)

– Auch Sie leiten sie nicht, Herr Kollege Dr. Birk. Seien Sie deswegen bitte ruhig.

Nach § 82 b Absatz 2 der Geschäftsordnung können Sie das Wort zu einer persönlichen Erklärung nur zur Zurückweisung

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

eines persönlichen Angriffs – ein solcher hat nicht stattgefunden – oder zur Berichtigung einer unrichtigen Wiedergabe –

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

auch dies ist es nicht; denn da hätten Sie zitieren müssen; das ist nicht der Fall gewesen, Herr Kollege Schmiedel – ergreifen. Insofern bitte ich Sie – –

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe, u. a. Abg. Volker Schebesta CDU: Setzen, Sechs!)

Herr Kollege Schmiedel, ich bitte Sie – –

Abg. Claus Schmiedel SPD: Alles klar.

(Zurufe, u. a. Abg. Volker Schebesta CDU: Setzen, Sechs!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Schmiedel, Sie dürfen diese Erklärung leider nicht vortragen. Ich habe Sie vorhin schon darauf aufmerksam gemacht. So etwas ist als persönliche Erklärung nicht zulässig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Oi, oi, oi! – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 beendet.

(Anhaltende Unruhe)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – 50 Jahre Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Redezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Zweimal fünf Minuten ist die jeweilige Redezeit. Diese kann auch zu zehn Minuten zusammengefasst werden. Ich darf die Mitglieder der Regierung bitten, sich ebenfalls an diesen Zeitrahmen zu halten, und darf noch einmal auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung hinweisen, wonach die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 30. Mai 1963 hat der Landtag, dieses Hohe Haus, das Gesetz über den Freiwilligen Polizeidienst beschlossen. In dessen § 1 heißt es – ich darf zitieren –:

Das Land stellt einen Freiwilligen Polizeidienst auf.

Der Freiwillige Polizeidienst ist Teil des Polizeivollzugsdienstes. Er umfasst die Personen, die sich freiwillig für die Wahrnehmung von Aufgaben des Polizeivollzugsdienstes zur Verfügung gestellt haben, ohne Polizeibeamte zu sein.

Die Aufgaben sind exemplarisch dargestellt: die Sicherung von Gebäuden und Anlagen, also der Objektschutz, die Sicherung und Überwachung des Straßenverkehrs, der Streifen dienst, der Kraftfahrdienst und einiges andere.

Meine Damen und Herren, dies war im Jahr 1963 die Geburtsstunde eines einzigartigen Erfolgsmodells in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Damals, vor 50 Jahren, wurde das Ehrenamt in die Polizei eingebunden. Die Polizei wurde damit für die Zivilgesellschaft geöffnet. Es wurde die Möglichkeit gegeben, über das rein Polizeiliche hinaus, über den Tellerrand zu blicken, unterschiedliche Qualifikationen und Kompetenzen in die Polizeiarbeit einzubringen, Einsatzfelder zu eröffnen, die bewusst zivilberufliche Kompetenzen nutzen, beispielsweise die Pädagogen, die in Jugendverkehrsschulen gemeinsam mit der Polizei arbeiten, die kommunale Kriminalprävention oder auch das einfache Streifegehen. All dies hat sich bewährt. Auch Herr Innenminister Gall hat in einer Stellungnahme zu einem Antrag vonseiten unserer Fraktion zu Beginn dieser Wahlperiode geäußert – ich zitiere –:

Die Erfahrungen sind unterschiedlich, aber überwiegend positiv. Insbesondere die Unterstützung bei ... Großveranstaltungen ... wird begrüßt.

Das ist, auf Schwäbisch gesagt, schon fast die höchste Form des Lobes. Nicht geschimpft ist genug gelobt.

(Beifall bei der CDU)

In den letzten Jahren hatte der Freiwillige Polizeidienst konstant 1 200 bis 1 300 aktive Mitglieder. Diese ersetzen immerhin 130 bis 140 Vollzeitpolizeibeamte. Ursprünglich waren das einmal viel mehr. Da war aber im Ursprungsansatz der Freiwillige Polizeidienst als eine reine Reservetruppe angelegt. Mittlerweile ist aus dieser Reserve eine sinnvolle und gute Ergänzung des professionellen Polizeidienstes geworden.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem vor 50 Jahren in diesem Hohen Haus das Gesetz verabschiedet und damit der Grundstein gelegt wurde – am nächsten Mittwoch, genau in einer Woche, jährt sich das Inkrafttreten –, ist dies für uns, die CDU-Fraktion, Anlass, den vielen Tausend Männern und Frauen, die sich in den vergangenen 50 Jahren eingebracht haben und aktuell immer noch hier einbringen, die ihre Freizeit opfern, die anderen helfen, die sich für die Allgemeinheit einsetzen, unseren Dank, unsere Anerkennung, unsere Wertschätzung auszudrücken.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, es wäre eigentlich angebracht, wenn sich der Rest des Hauses diesem Dank und dieser Anerkennung anschließen würde.

(Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Nikolaos Sakellariou SPD)

Schade, dass Sie dies nicht tun.

(Thomas Blenke)

Meine Damen und Herren, die Menschen, die sich im Freiwilligen Polizeidienst einbringen, sind die stillen Helden des Alltags. Deren Verdienste, deren Engagement dürfen und müssen wir heute auch würdigen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommt – vielleicht – der Sommer,

(Vereinzelt Heiterkeit)

und da finden an Wochenenden viele Großveranstaltungen mit vielen Menschen statt. Da ist der Freiwillige Polizeidienst eine willkommene Ergänzung. Er ermöglicht es den professionellen Polizisten, auch einmal am Wochenende freizuhaben, vielleicht privat selbst bei einem Festumzug mit dabei zu sein. Es bedarf bei solch rein begleitenden Maßnahmen nicht immer des studierten Polizeikommissars, sondern da ist der im Freiwilligen Polizeidienst Engagierte, der Ordnungsdienst macht, genauso willkommen und qualifiziert.

(Beifall bei der CDU)

Wer würde die Arbeit des Freiwilligen Polizeidienstes ersetzen? Die örtliche Polizei allein kann das nicht leisten. Also muss die Bereitschaftspolizei oder müssen Nachbarkräfte hinzugezogen werden. Vor allem muss – das haben Sie noch nicht gesehen – auch die Kommune bzw. der kommunale Ordnungsdienst verstärkt mit einbezogen werden. Es stellt eine kommunale Belastung dar, wenn der Freiwillige Polizeidienst abgebaut wird.

Meine Damen und Herren, 50 Jahre Ehrenamt in der Polizei, 50 Jahre Erfolgsmodell in Baden-Württemberg – soll es das nach 50 Jahren gewesen sein?

Was in aller Welt hat Sie eigentlich geritten, dieses Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst aufzulösen? Was hat Sie da geritten?

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das können wir Ihnen erklären!)

Meine Damen und Herren, Sie begehen damit einen kapitalen politischen Fehler. Es ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich im Freiwilligen Polizeidienst ehrenamtlich einbringen; es ist ein fatales Signal an das Ehrenamt im Bereich der Sicherheit insgesamt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Sie werden uns nachher mit nettem Augenaufschlag sagen, Sie lösten den Freiwilligen Polizeidienst nicht auf, Sie ließen ihn nur auslaufen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Richtig!)

Nein, Sie lassen den Freiwilligen Polizeidienst aushungern. Es werden keine Mittel mehr bereitgestellt, es wird keine gescheite Fortbildung mehr angeboten, es gibt keine gescheite Ausrüstung mehr. Diejenigen, die heute noch im Freiwilligen Polizeidienst aktiv sind, werden sich frustriert und mit Grausen abwenden. Genau dies nehmen Sie in Kauf, meine Damen und Herren von der Landesregierung.

(Abg. Konrad Epple CDU: Genau!)

Es ist ein ganz schlimmes Signal, dass bei den Freiwilligen nicht nur ankommt: „Sie brauchen uns nicht mehr.“ Das wäre schon schlimm genug. Aber das Signal, das dort ankommt, lautet auch: „Sie wollen uns nicht mehr.“ Das ist das Schlimme.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, unser Bevölkerungsschutz ist weitgehend auf das Ehrenamt gestützt. Herr Minister Gall, Sie sind selbst in diesem Bereich als aktiver Feuerwehrmann ehrenamtlich engagiert. Sie wissen das, und trotzdem unterstützen Sie es und tragen diese Entscheidung, den Freiwilligen Polizeidienst aufzulösen, mit.

Der Bevölkerungsschutz ist auf das Ehrenamt gestützt; es gibt Hunderttausende in Feuerwehren, Rettungsdiensten, Katastrophenschutz, THW – um nur einige zu nennen – und eben auch im Freiwilligen Polizeidienst. Die ehrenamtlich Engagierten machen das für die Allgemeinheit; sie üben diese Tätigkeit nicht als Freizeitvergnügen aus. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement wäre bei uns in Deutschland der Bevölkerungsschutz nicht leistbar. Wir sehen das, ganz aktuell, wenn wir im Fernsehen Berichte über die Hochwasserlagen verfolgen, die uns in ganz Deutschland belasten.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren von Grün und Rot, möchte ich an Sie appellieren: Gehen Sie noch einmal in sich. Überdenken Sie bitte Ihre Entscheidung; sonst tragen Sie ausgerechnet nach 50 Jahren des baden-württembergischen Erfolgsmodells Freiwilliger Polizeidienst diesen zu Grabe. Im englischen Sprachraum würde man vielleicht sagen, Sie machten sich dadurch zu den Undertakern des Ehrenamts beim Freiwilligen Polizeidienst. Das können auch Sie nicht wollen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner das Wort.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Blenke, ich mache jetzt einen Spagat zwischen einer Antwort an Sie mit einem netten Augenaufschlag, der Sie anscheinend betört oder anturnen soll, und einer Darstellung der Realität in Bezug auf die freiwillige Polizeiarbeit.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Bitte?)

Im Verbraucherschutz möchten wir Klarheit haben. Wenn wir einen Joghurt kaufen, möchten wir sicher sein, dass das, was auf der Verpackung steht, auch drin ist. Bei der Polizei ist die Opposition etwas großzügiger: Da muss nicht unbedingt drin sein, was draufsteht. Im Sinne des Verbraucherschutzes wäre das ein vehementer Betrug. Wollen wir das haben? Wir wollen in der Gesellschaft nämlich Sicherheit und Vertrauen haben. Genau das ist doch das –

(Unruhe bei der CDU – Zurufe von der SPD: Ruhe! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Häffner, einen Moment bitte. – Kolleginnen und Kollegen, bitte verlegen Sie Ihre Gespräche hinten im Plenarsaal – da stehen fast zehn Abgeordnete – nach außerhalb des Saales, damit es hier leiser wird.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann ist es bei uns fast so leer wie bei den Grünen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt redet zufällig wieder eine Kollegin!)

– Es geht hier um die Lautstärke.

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Beim Verbraucherschutz geht es uns darum, dass in den Produkten das drin ist, was auf der Verpackung steht, damit wir Sicherheit haben, damit wir Vertrauen in der Gesellschaft haben. Genau darum geht es auch bei der Polizei. Bei der Polizei soll auch die ausgebildete Polizei drin sein, die außen draufsteht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Peinlich!)

Zur Geschichte und zu den Aufgaben hat mein Kollege schon etwas gesagt. Ja, seit 50 Jahren – – Heute haben wir über 1 000 freiwillige Polizisten, die die Polizei unterstützen. Sie unterstützen sie im Streifendienst, wo sie eine sehr gefährliche Arbeit haben. Überlegen Sie sich einmal: Jemand, der sich für den Freiwilligen Polizeidienst bewirbt, macht eine zweiwöchige Grundausbildung, er macht eine Prüfung, und er macht eine jährliche Fortbildung im Umfang von 18 Stunden. Dem stelle ich einen Hauptamtlichen gegenüber, der seine Jahre an Ausbildung hat. Der Streifendienst ist verpflichtet, pro Jahr 40 Stunden Einsatztraining zu machen.

Der Freiwillige Polizeidienst wird bei Demonstrationen und bei Fußgängerstreifen eingesetzt. Woher soll irgendjemand wissen, wie eine bestimmte Situation, in der Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes gerade Streife laufen, endet? Es kann sein, dass bei einer ganz normalen Verkehrskontrolle der Überprüfte eine Waffe mit sich führt. Damit besteht sofort eine hoch riskante Situation.

Spekulieren wir einmal über die Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes. Ich kenne keine schriftlichen Darlegungen. Damals war die Polizei in kommunaler Hand. Vielleicht gab es in den Kommunen damals auch besondere Situationen, denen man nicht Herr geworden ist, sodass man dachte, man könnte Freiwillige zur Unterstützung brauchen. Oder aber es fehlte schon damals Personal. Aber es wäre eine der größten Schanden, wenn wir mit Freiwilligen das Personal aufstockten, um eine ordentliche Arbeit für die Bürger zu leisten.

Herr Blenke, wenn Ihnen das Ehrenamt so wichtig ist – es ist richtig, die Freiwilligen sind engagiert, sie sind total bei der Sache; sie setzen sich in solchen Situationen ein, und sie setzen sogar ihr Leben aufs Spiel; Sie alle können sich an die Situation in Lörrach erinnern – und wenn Sie dieses Ehrenamt so schätzen, warum greifen wir dann nicht diesen Aspekt, den Sie genannt haben – die kommunale Präventionsarbeit –, auf, beziehen diese Menschen in die Ehrenamtstätigkeit ein und bauen die Zahl der „Nachtwandlerer“ aus, bei denen genau die-

se Aspekte eine Rolle spielen, damit wir innerhalb der Bürgerschaft für Sicherheit sorgen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die sind genauso gefährdet!)

– Die „Nachtwandlerer“ sind nicht so gefordert wie der Freiwillige Polizeidienst. Sie müssen sich einmal klarmachen: Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes laufen in Uniform durch die Straßen. Auf dem Rücken ihrer Uniform steht „Polizei“, und sie haben eine Waffe bei sich. Angenommen, es wurde eine Bank überfallen, oder nehmen Sie die Situation in Lörrach: Glauben Sie, der Täter schaut, ob er einen Freiwilligen im Polizeidienst vor sich hat, und geht damit jetzt anders um und entschärft die Situation?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Im Alltag hat die Polizei mit Gewalt zu tun. Der Minister fordert, dass wir das Thema Gewalt in die öffentliche Debatte bringen und uns alle dieses Themas bewusst sind. Die Gesellschaft ist heterogener geworden, der Anspruch an die Polizei ist ein viel größerer als früher. Wir brauchen die Professionalität. Jetzt davon zu reden, die Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes seien unsere stillen Helden im Alltag, ist ein Hohn gegenüber dem restlichen Polizeikörper.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist doch Quatsch!)

Auch die Frage „Was brauchen wir eine studierte Streife?“ ist ein Schlag gegen den mittleren Dienst. Den Freiwilligen Polizeidienst aufzuheben und in einer ruhigen und langsamen Art auslaufen zu lassen, das zeigt, dass die Regierung ihrer Verantwortung gerecht wird, und zwar nicht nur gegenüber dem Freiwilligen Polizeidienst, sondern auch gegenüber den Hauptamtlichen.

Ich möchte nicht wissen, wie viele Situationen es tatsächlich im Polizeialltag gab, Fälle, in denen ein Hauptamtlicher eine Situation retten musste oder sie gerade noch retten konnte, weil der Freiwillige Polizeidienst in dieser Situation überfordert war. Von solchen Situationen haben wir wohl kaum Kenntnis.

(Zurufe von der CDU)

– Es ist tatsächlich so: Wir haben den Freiwilligen Polizeidienst aus der Streife herausgenommen, und zwar genau aufgrund dieser Gefahrensituationen.

(Zuruf von der CDU: Was heißt „wir“? Die Fraktion?)

Es war richtig, so vorzugehen.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ach Quatsch!)

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der auch immer wieder genannt wird, und zwar das Thema „Bürger und Zivilgesellschaft“. Ich denke, es ist wichtig, dass die Polizei ihre Wertigkeit dadurch unter Beweis stellt, dass tagtäglich ein guter Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern stattfindet.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch nichts Neues! Das machen die schon immer!)

(Petra Häffner)

Dazu bedarf es keiner Hilfspräsenz. Auftrag wird immer bleiben, hier gut zu arbeiten.

Noch etwas: Die Polizisten leben mitten in der Gesellschaft. Sie haben ihren Alltag. Es ist nicht so, dass Polizisten von irgendwoher zu uns gebeamt würden. Vielmehr leben sie in unserer Gesellschaft, und der Kontakt zur Gesellschaft ist auf jeden Fall vorhanden.

Ich möchte folgendes Zitat an den Schluss meiner Ausführungen stellen:

Wo die Aufgaben der Polizei beginnen, endet das bürgerliche Engagement.

Diese Äußerung stammt vom Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sakellariou.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Willkommen bei der Polizei, Herr Kollege! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt gibt es Realismus in der Sache!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! 50 Jahre ist es her, dass der Freiwillige Polizeidienst in Baden-Württemberg eingerichtet wurde. Die Rahmenbedingungen waren damals die Kuba-Krise und der Mauerbau. Damals herrschte die Vorstellung, dass die Auslandskonflikte dazu führen könnten, dass zu viele Polizeibeamte aus dem Land in solche Konfliktsituationen gehen müssten und dadurch gebunden sein könnten. Deswegen sind Freiwillige akquiriert worden. Das war die Motivlage vor 50 Jahren.

Unstreitig ist diese ursprüngliche Begründung nunmehr weggefallen. Deswegen müssen wir uns schon fragen: Wenn wir 50 Jahre später die Situation unter völlig anderen Rahmenbedingungen betrachten, dann kann sich herausstellen, dass das, was vor 50 Jahren gut war, heute nicht mehr richtig ist. Es ist geradezu unsere Verpflichtung, sich diese neuen Bedingungen anzuschauen. Es reicht nicht, einfach auf dem Standpunkt zu stehen: Was vor 50 Jahren gut und vernünftig war, muss heute noch genauso gut und vernünftig sein. Dies ist, mit Verlaub, nicht haltbar.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich will Ihnen dies begründen: Die Anforderungen haben sich in den letzten 50 Jahren erheblich verändert. Dies gilt zum einen für die Anforderungen an die Polizeibeamten. Die Polizeibeamten sind heute Psychologen und Helfer. Sie müssen verwirrte Personen aufgreifen, diese möglichst einfühlend befragen und sie wieder an ihren Ursprungsort bringen. In der nächsten Sekunde müssen sie schon wieder knochenhart durchgreifen, sie müssen Rechte anderer verteidigen – mit Gefahr für sich selbst –, müssen sich selbst schützen. Das Heikelste daran ist: Dies alles geschieht stets in Kenntnis dessen, dass es sich bei jedem einzelnen Polizeibeamten um härteste Eingriffsverwaltung handeln kann. Ein Polizeibeamter muss sozusagen immer mit dem Gesetzbuch unter dem Arm her-

umlaufen, um bei seinen Entscheidungen – idealerweise – eine vernünftige abschließende Abwägung vorzunehmen.

Die damit verbundenen Herausforderungen werden immer größer. Ich will ein Beispiel anführen: Ein junger Polizeibeamter musste kürzlich in einen Einsatz, um jemandem zu helfen. Er ist mit Blaulicht losgefahren und hat auf der Fahrt einen tödlichen Verkehrsunfall verursacht. Dies geschah im Dienst, im Einsatz, um seine wichtige Arbeit tun zu können, um einem Dritten zu helfen.

Aber auch die Rahmenbedingungen insgesamt haben sich in Deutschland und in Baden-Württemberg verändert, seitdem der Freiwillige Polizeidienst eingerichtet wurde.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Die Gewalt gegen Polizeibeamte hat zugenommen. Ich nenne nur die Zahlen, die kürzlich im Raum standen: Im zweiten Halbjahr 2012 gab es allein 2 289 Vorfälle, bei denen Gewalt gegen Polizeibeamte ausgeübt wurde. Pro Tag werden in Baden-Württemberg also zwölf Polizeibeamte Opfer von Gewalttaten – pro Tag zwölf! Das war vor 50 Jahren, mit Verlaub, nicht so.

Der Anteil schwerster Gewalttaten gegen Polizeibeamte ist in den letzten zehn Jahren bei Demonstrationen von 4,6 auf 8 %, bei familiären Auseinandersetzungen von 5,8 auf 11 % sowie bei anderen Streitigkeiten und Konflikten von 3 auf 12 % gestiegen. Das heißt, die Rahmenbedingungen, unter denen Polizeibeamte ihre Arbeit machen, haben sich gravierend geändert. Die Respektlosigkeit hat zugenommen.

Die Zeiten, an die Sie, Herr Kollege Blenke, noch anknüpfen wollen – die Zeiten des Hauptmanns von Köpenick –, in denen eine Uniform genügt hat, um Respekt auszudrücken, und der Betreffende auch etwas erreichen konnte, sind vorbei – mit Verlaub.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Mit Verlaub, Herr Kollege, so alt bin ich noch nicht!)

Wenn heute jemand Uniform trägt, dann braucht er eine Ausbildung, die sich „von“ schreibt, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Sie sollten das langsam begreifen und nicht immer mit diesen alten Kamellen kommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein ganz zentrales Beispiel hat Kollegin Häffner gebracht. Dass bei einem Amoklauf durch den Dienstplan plötzlich ein ehrenamtlich tätiger Freiwilliger zum Zuge kommt, der genauso bewaffnet ist wie ein hauptamtlicher Polizist, ist eine Situation, die nicht wieder vorkommen darf. Diese Situation ist auch abgestellt worden. Seit dem 1. Januar 2013 werden freiwillige Polizisten nicht mehr im Streifendienst eingesetzt. Das ist auch gut so, und hinter dieser Entscheidung stehe ich auch. Denn man kann einem professionellen Verbrecher keinen Hilfspolizisten entgegenstellen. Das geht nicht. Wir tragen diese Entscheidung vollumfänglich mit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Landesregierung bleibt im Grunde auch hier ihrem Strickmuster treu, das wir bei den meisten angeblichen Problemlösungen vorfinden. Zunächst kommt eine ideologische Formel, und dann kommt die praktische Vernunft, oder sie kommt auch gar nicht.

Eines ist klar: Praktisch vernünftig ist es sicher nicht, den Freiwilligen Polizeidienst jetzt aufzulösen oder abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Aber wir dürfen dort den ideologischen Ansatz vermuten, dass wieder einmal sozusagen die Reinheit des Staates durch eine begrenzte Schar von Bürgerinnen und Bürgern gefährdet sei, die sich an der staatlichen Aufgabe „Polizei“ beteiligen möchten. Ich wundere mich, was man dagegen haben kann. Denn vor gut 200 Jahren kam bekanntlich Napoleon auf die Idee, die Bürgerinnen und Bürger an der staatlichen Aufgabe „Rechtsprechung“ zu beteiligen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schöffeln!)

Der Grund war, dass es dann, wenn „Im Namen des Volkes“ darübersteht, besser ist, das Volk ein bisschen mitmachen zu lassen, damit Transparenz herrscht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber die Schöffeln sind nicht bewaffnet!)

– Ich komme gleich zu anderen Fragen.

Jetzt ist die Frage, ob Sie morgen auch diese Frage stellen. Aber ich habe das Gefühl, dass Ihre Leute, die Sie aus den kommunalen Parlamenten entsenden, gern mitwirken. Das ist nicht sehr viel anders, als wenn bei der staatlichen Aufgabe „Polizei“ auch ehrenamtlich tätige Freiwillige mitwirken. Vor allem kann man sie gut brauchen.

Es ist ein bisschen scheinheilig, lieber Herr Sakellariou, zu sagen: „Das kann man ihnen gar nicht zumuten, weil es gefährlich ist.“ Da frage ich mich, ob Sie vielleicht morgen die Frage nach der freiwilligen Feuerwehr stellen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Das ist nämlich ganz schön gefährlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abgesehen davon ist halt nicht alles gefährlich. Es ist ein richtiger Ansatz, zu sagen: Die Zeiten ändern sich. Wie stellen wir uns auf geänderte Zeiten ein? Mir ist gerade in einem Gespräch bei einem Besuch der Polizei in Heidelberg klar geworden, wie sich Polizeiarbeit heute verändert hat. Sie hat sich verändert, lieber Herr Sakellariou. Aber dann sagen Ihnen die Polizeibeamten: Unsere Tätigkeit besteht heute zu einem großen Teil darin, Volksfeste abzusichern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Fußballspiele!)

Denn jede Woche findet irgendwo ein Stadtteilfest oder ein Volkslauf statt. Letzte Woche war in Berlin „Tag des Fahrrads“. Was glauben Sie, wie viele Polizeibeamte dafür ge-

braucht werden, wenn in Berlin ein „Tag des Fahrrads“ stattfindet? Diese Einsätze sollen dann alle gefährlich sein?

Sie wollen die Helfer, die Sie dort brauchen können, heim-schicken. Das finde ich letzten Endes sinnlos. Ich finde es richtig, über die Aufgaben nachzudenken. Ich finde es übrigens auch richtig, Polizeifreiwillige nicht im Streifendienst einzusetzen. Aber ich würde, wenn ich dafür zuständig wäre, den Freiwilligen Polizeidienst in diesem 50. Jahr seines Bestehens eigentlich hegen und pflegen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Erweitern!)

weil man die Freiwilligen angesichts der wachsenden Aufgaben der Polizei sehr gut brauchen und unbedenklich einsetzen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! 50 Jahre Freiwilliger Polizeidienst heißt – die Zahl wurde genannt –, dass der Freiwillige Polizeidienst Anfang der Sechzigerjahre auf den Weg gebracht worden ist, zu einer Zeit – das sollten wir bei einem solchen Rückblick nicht vergessen –, als es noch kommunale Schutzleute und Feldschützen gegeben hat. Das hatte – deshalb erwähne ich es – mit den außenpolitischen Gegebenheiten zu tun, die Herr Sakellariou genannt hat; denn man wollte in erster Linie deren Funktionen für den Fall sicherstellen, dass die Polizei angesichts der außenpolitischen Entwicklungen für andere Zwecke eingesetzt werden sollte.

Ferner will ich in Erinnerung rufen: Den Höchststand der Zahl der Freiwilligen im Polizeidienst hatten wir im Jahr 1967. Exakt 4 448 Freiwillige gab es damals in den Reihen der Polizei. Übernommen hat die neue Landesregierung – und ich in meiner Funktion als Innenminister – rund 1 200 Freiwillige im Polizeidienst. Was heißt dies? Sie haben in Ihrer jeweiligen Verantwortung rund 3 200 freiwillige Polizeibedienstete, wenn man so will, abgebaut.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Höchststand betrug, wie gesagt, 4 448. Stand Ende letzten Jahres hatten wir 1 041 Freiwillige in den Reihen der Polizei.

Wenn wir über die Entwicklung in der Polizei reden, gehört zur Wahrheit, denke ich, auch, dass der Freiwillige Polizeidienst von Anfang an kontrovers diskutiert wurde, umstritten war, und zwar nicht nur in den Reihen der Parteien, sondern auch in den Reihen der Polizei selbst, der Berufsverbände innerhalb der Polizei, auch in Baden-Württemberg, und in der Gesellschaft sowieso. Dabei ging es insbesondere um die Qualifizierung für diesen Dienst und die Frage des Besitzes und der Nutzung von Waffen.

Aber ich will ausdrücklich sagen: Der Freiwillige Polizeidienst war, Kollege Blenke, meine Damen und Herren, durch-

(Minister Reinhold Gall)

aus ein gutes Modell. Ich habe auch nichts gegen die Formulierung „erfolgreiches Modell“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Denn Freiwillige haben personelle Engpässe überbrückt; sie haben unter Ihrer Verantwortung auch Stellenabbauprogramme kaschiert,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau!)

um es einmal so deutlich zu sagen, und haben die Polizei in vielen Bereichen in die Lage versetzt, auch Tätigkeiten auszuüben, die nicht klassische Polizeiaufgaben im wahrsten Sinn des Wortes sind.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Herr Kollege Goll, viele Beispiele, die Sie genannt haben, sind eben nicht klassische Polizeiaufgaben. Es stellt sich einfach die Frage, ob der Staat verpflichtet ist und in der Verantwortung steht, die von Ihnen genannten Aufgaben überhaupt auszuführen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Meine Damen und Herren, eine Erfolgsgeschichte ist der Freiwillige Polizeidienst auch deshalb, weil Polizeifreiwillige, also Menschen in Uniform, gezeigt haben, dass bürgerschaftliches Engagement auch im Dienste und in den Reihen des Staates möglich und sinnvoll ist, dass bürgerschaftliches Engagement im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durchaus anerkanntswert ist.

Sie haben recht: Viele Polizeifreiwillige, Abertausende Polizeifreiwillige haben sich während dieser Zeit am Wochenende und in ihrer Freizeit für die Sicherheit unseres Landes eingesetzt. Deshalb ist es überhaupt gar keine Frage, meine Damen und Herren, dass wir all denen, die bisher freiwillig ihren Dienst in Uniform für unser Land geleistet haben, zu Dank verpflichtet sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Ich tue mich immer ein bisschen schwer – das will ich ausdrücklich sagen –, wenn man hierzu einen bestimmten Anlass nimmt und dann quasi auch noch von anderen einfordert, diesen Dank entsprechend zum Ausdruck zu bringen. Da frage ich mich immer ganz einfach: Welche Wertschätzung und welche Anerkennungskultur haben Sie denn in diesen fünf Jahrzehnten diesen Menschen gegenüber zum Ausdruck gebracht?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Nur weil etwas 50 Jahre Bestand hat, ist das noch lange kein Grund, es nicht zu verändern. Damit haben auch Sie Erfahrung; Sie haben 2011 nämlich erlebt, dass 50 Jahre Regierungszeit kein Garant für die Zukunft sein müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Aber, meine Damen und Herren – da bin ich schon erfreut, dass dies anerkannt wird –: Wir alle wissen doch, dass sich

der Polizeiberuf in diesen fünf Jahrzehnten und gerade in den letzten Jahren massiv verändert hat. Das Anforderungsprofil hat sich verändert, die Anforderungen an die Polizei haben sich aufgrund veränderter Bedingungen massiv verändert. Daraus entsteht ein Stück weit Verantwortung für mich in Bezug auf die Fürsorge für die Beschäftigten innerhalb der Polizei. Ich frage Sie, Herr Blenke: Wie haben Sie in den zurückliegenden Jahren darauf reagiert, dass Gewalt gegen die Polizei ein zunehmend drängendes Problem geworden ist?

(Abg. Werner Raab CDU: Das ist reine Ablenkung!)

Wie haben Sie Vorsorge getroffen, dass unsere Polizei vor solchen Gewaltauswirkungen geschützt werden kann?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat damit gar nichts zu tun!)

– Natürlich hat das damit zu tun.

Wir haben auf die Tatsache reagiert, dass 80 % der Gewaltanwendungen gegen Polizeibeamte im Streifendienst geschehen; rund 2 000 Fälle pro Jahr ereignen sich im Streifendienst. Deshalb habe ich aus Fürsorge Verantwortung übernommen und habe die Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes zu Beginn dieses Jahres aus dem Streifendienst genommen.

Meine Damen und Herren, wir haben darüber hinaus für alle Polizeibeamtinnen und -beamten ein mehrstufiges Aus- und Fortbildungskonzept auf den Weg gebracht. Die Stichworte haben wir in diesem Saal diskutiert. Sie kennen sie: Respekt und Anerkennung, sicher und stark, Vernetzung und Verbündete suchen.

Wir wissen alle, dass diese Verbesserung der Kompetenz zur Konfliktbewältigung umfangreiche Schulungsmaßnahmen erforderlich macht, beispielsweise auch Amoktraining – immerhin 36 Stunden bei einem Fortbildungsportfolio für Freiwillige von 18 Stunden pro Jahr. Dabei wird völlig klar und deutlich, dass dies für den Bereich der Freiwilligen nicht zu leisten ist. Wir können diese Fortbildungsmaßnahmen den Freiwilligen in diesem Umfang schlicht und ergreifend nicht zugutekommen lassen, weil der Aufwand in keinem Verhältnis zu den dann möglichen Aufrufstunden stehen würde. Das wäre völlig unwirtschaftlich, um es ganz deutlich zu sagen.

(Zurufe der Abg. Matthias Präfrock und Werner Raab CDU)

Meine Damen und Herren, auch im Bereich der Freiwilligen haben Sie uns ein Finanzierungsproblem hinterlassen. Sie wissen alle: Die Freiwilligen besitzen kein Bekleidungskonto, konnten also auch für die Umstellung auf blaue Uniformen kein Geld über Gutschriften ansparen. Sie haben in Ihrem damaligen Haushalt keine Vorsorge getroffen, dass auch diese Beamtinnen und Beamten mit den neuen Uniformen und Schutzausrüstungen ausgestattet werden können. Die dafür erforderlichen 700 000 € müssten aus den dezentralen Budgets der Polizei bezahlt werden, wozu die Polizei gar nicht in der Lage ist.

Deshalb habe ich angesichts all dieser Entwicklungen und Gegebenheiten und in der Abwägung zwischen Fürsorge und Risiko diesen Menschen aufgrund der vorhandenen Bürgerbin-

(Minister Reinhold Gall)

dung und der Wertschätzung ihrer Arbeit nicht den Stuhl vor die Tür gestellt –

(Zuruf von der CDU: So empfinden sie es aber!)

entgegen dem Rat der Fachebene –, sondern ich habe sie in erster Linie aus dem Streifendienst genommen und für andere Tätigkeiten eingesetzt. Aber zur Wahrheit gehört – das ist überhaupt keine Frage –: Wir haben die Einsatzstunden, das heißt die Mittel, die für Einsatzstunden abgerufen werden können, deutlich reduziert, um einen geordneten Ausstieg aus dem Freiwilligen Polizeidienst zu ermöglichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Einstieg in Private Security!)

– Nein. Das ist doch völlig unsinnig. Private Security wird nicht unsere Aufgabe sein,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, aber das ist die Folge davon!)

auch nicht eine Aufgabe der Kommunen. Ich will ausdrücklich sagen: Wenn Polizeifreiwillige bislang dafür missbraucht werden sollen, private Veranstaltungen abzusichern, dann bin ich schon dafür, dass sich die Betreffenden zukünftig privater Absicherungsmaßnahmen und privater Kräfte bedienen,

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

weil dies eben nicht Aufgabe des Staates ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vereinsveranstaltungen sind öffentliche Veranstaltungen, keine privaten! Sie lassen die Vereine im Stich!)

Ich will deshalb sagen, meine Damen und Herren: Mittelfristig kann angesichts der sich verändernden Anforderungsprofile, der Herausforderungen der Gegenwart und insbesondere der Herausforderungen der Zukunft der Polizeiberuf nur von hauptamtlich tätigen, qualifizierten, gut ausgebildeten Beamtinnen und Beamten ausgeübt werden; dies geht eben nicht mehr mit Freiwilligen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Verhaltener Beifall! – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Sie, Herr Minister, mit Ihrer Rede angefangen haben, habe ich noch gedacht: Das ist jetzt ganz in Ordnung. Es kamen wenigstens ein anerkennendes Wort und ein Lob an die Aktiven im Freiwilligen Polizeidienst. Aber das, was Sie danach geliefert haben, hat mich, ehrlich gesagt, ein bisschen erschüttert.

(Beifall des Abg. Konrad Epple CDU)

Von beiden Koalitionsfraktionen, Kollegin Häffner und Kollege Sakellariou, kam kein Wort des Lobes, sondern nur Kritik an der Einrichtung des Freiwilligen Polizeidienstes. Ich finde, das ist ein bisschen schäbig von Ihnen.

(Abg. Georg Nelius SPD: Ach!)

Es geht darum: Wir haben seit genau 50 Jahren eine Einrichtung, bei der sich Menschen, bei der sich Bürger für die Allgemeinheit einbringen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Das hätte Ihnen auch einmal einen Satz des Lobes wert sein können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Minister, Sie haben dann wenigstens ein Lob ausgesprochen. Aber danach kamen nur noch Schuldzuweisungen und der Versuch, irgendwelche Defizite der Vorgängerregierung in die Schuhe zu schieben. Das ist die alte Leier; die kennen wir mittlerweile.

(Zurufe der Abg. Walter Heiler SPD und Dieter Hillebrand CDU)

Ich kann Ihnen da nur sagen: Schauen Sie sich einmal an – Sie haben eben gerade wieder etwas kritisiert, was z. B. die privaten Ordnungsdienste angeht –, was Sie in der letzten Wahlperiode alles kritisiert haben und was Sie jetzt schönzureden versuchen. Das ist alles irgendwo in sich nicht stimmig.

Jetzt möchte ich Ihnen einmal eines sagen: Ja, es waren in der Anfangszeit deutlich mehr Polizeifreiwillige, als wir jetzt haben. Aber das war eine ganz andere Ausgangslage. Die Freiwilligen waren als Polizeireserve geplant. So ist es aber nie Gesetz geworden, sondern daraus wurde dann der Freiwillige Polizeidienst.

(Abg. Walter Heiler SPD: Jetzt ist es wieder anders! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Jetzt sagen Sie, die schlimmen Vorgängerregierungen hätten den Freiwilligen Polizeidienst abgebaut.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

In einer dieser Vorgängerregierungen war ein Parteifreund von Ihnen – Herr Birzele – Innenminister. Wir hatten im Jahr 1991 – er kam 1992 ins Amt – 1 624 Polizeifreiwillige, 1997 – ein Jahr, nachdem Birzele aus der Regierung ausgeschieden war, nachdem die Große Koalition beendet war – waren es noch 1 176. Sagen Sie also nicht immer, wir seien schuld daran, dass da irgendwelche Stellen abgebaut worden seien.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben doch mitregiert! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da wart ihr doch dabei! – Gegenruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wer war denn für das Ministerium verantwortlich? – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Frau Kollegin Häffner, mir sind keine Fälle bekannt, bei denen es durch den Einsatz von Freiwilligen bei der Polizei zu ernsthaften Problemen gekommen wäre. Der Fall Lörrach, den Sie immer wieder zitieren, ist schlicht und einfach ein falsches Beispiel. Dort war ein Polizeifreiwilliger – bei einem Amoklauf war es, glaube ich – mit im Einsatz. Aber der Einsatz als solcher hat gut funktioniert und ist polizeilich auch ordentlich bewältigt worden. Das ist also ein falsches Beispiel.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Konrad Epple CDU)

(Thomas Blenke)

Ich möchte noch ein Letztes sagen; der Kollege Goll hat das richtigerweise schon angesprochen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie so oft!
– Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Blenke, Sie sollten zum Ende kommen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, ich bin gleich fertig. – Sie führen immer wieder an, dass die Polizeifreiwilligen anders ausgebildet seien und nicht über die Professionalität verfügten wie die voll ausgebildeten Polizisten. Aber mit genau der gleichen Begründung müssten Sie die freiwillige Feuerwehr abschaffen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nein! – Abg. Walter Heiler SPD: Das ist etwas völlig anderes! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Quatsch! Unsinn! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Persönliche Erklärung!)

Denn ein Berufsfeuerwehrmann ist naturgemäß besser ausgebildet als jemand, der bei der freiwilligen Feuerwehr tätig ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Blenke, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Thomas Blenke CDU: Deshalb, meine Damen und Herren, bleiben wir dabei: Wir hätten uns gewünscht, dass das ganze Haus heute anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Freiwilligen Polizeidienstes einmütig wenigstens ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Blenke, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede. Sie haben Ihre zehnmütige Redezeit um über anderthalb Minuten überzogen.

Abg. Thomas Blenke CDU: ... ein Wort des Dankes und der Anerkennung ausspricht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner das Wort.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Manchmal bleibt einem einfach die Luft weg,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gott sei Dank! – Zuruf des Abg. Heribert Rech CDU)

wenn man zur Kenntnis nehmen muss, was alles gesagt wird. – Gott sei Dank, ja.

(Zurufe von der CDU)

Es ist schon erstaunlich, dass in der letzten Legislaturperiode 1 000 Stellen bei der Polizei abgeschafft worden sind. Gleichzeitig war es natürlich richtig, den Freiwilligen Polizeidienst aufrechtzuerhalten; sonst konnte ja die entstandene Lücke gar nicht mehr geschlossen werden.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Aber ich muss Ihnen sagen: Das ist eine absolute Mogelpackung. Es ist eine „unverantwortliche Sicherheit“, die in dieser Polizeiuniform steckt. Wir tragen Verantwortung – auch Sie sollten diese Verantwortung tragen – gegenüber den Menschen, die im Freiwilligen Polizeidienst tätig sind,

(Abg. Werner Raab CDU: Das haben wir 50 Jahre erfolgreich gemacht!)

und gegenüber denen, die diese Menschen über viele Tage hinweg in ihrem Dienst hauptamtlich begleiten. Auf diesen Menschen liegt eine sehr große Verantwortung.

Ich möchte ein einfaches Beispiel anführen. Nehmen wir an – nehmen wir einmal etwas ganz Banales –, Sie müssten sich einer Gallenoperation unterziehen, wüssten aber nicht genau, ob diese von einem Arzt, der ein zehensemestriges Medizinstudium absolviert und die entsprechenden Facharztqualifikationen erworben hat, vorgenommen wird oder von jemandem, der einfach nur eine „Schmalspurausbildung“ in der Medizin gemacht hat.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dieter Hillebrand: Das ist ja peinlich!)

Wir stehen für Qualität, wir stehen für Professionalität.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Oh ja! Das merkt man! – Abg. Thomas Blenke CDU: Es spricht eine Physiotherapeutin!)

Wir möchten Qualität und Professionalität im Polizeiberuf haben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ja. Er soll die Frage stellen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Danke. – Frau Kollegin, jetzt können Sie wieder Luft holen, während ich die Frage stelle.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das wissen wir noch nicht!)

Ich hätte meine Frage gern vorhin dem Herrn Minister gestellt, aber er war zu schnell weg.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Du warst zu langsam! – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Er ist noch da!)

– Der Minister ist noch da, ja. Aber er ist nicht am Rednerpult.

(Abg. Georg Nelius SPD: Immerhin hast du das bemerkt!)

Ich hätte gern gewusst: Wie wollen Sie die Lücke auffüllen, wenn – die Zahl wurde genannt – über 1 100 Polizeifreiwillige, die ihren Dienst bis heute verrichten, nicht mehr da sind? Gibt es Pläne, den Polizeivollzugsdienst aufzustocken?

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

(Karl Zimmermann)

Oder müssen die bereits eingesetzten Vollzugsbeamten eventuell noch länger arbeiten?

(Abg. Dieter Hillebrand und Abg. Thomas Blenke
CDU: Gute Frage!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Kollegin.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Es wäre einmal spannend, sich anzuschauen, wo der Freiwillige Polizeidienst derzeit tatsächlich eingesetzt wird.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Dann tun Sie das doch mal!)

– Sie könnten ja auch eine entsprechende Anfrage an das Ministerium richten. Dann können wir schauen, ob wir tatsächlich in so vielen Bereichen Streifen, bei denen der Freiwillige Polizeidienst eingesetzt wird, verlieren.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Ich denke, dass der Freiwillige Polizeidienst in vielen Bereichen eingesetzt worden ist, bei denen es nicht unbedingt notwendig gewesen wäre, diese Aufgaben zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das war schwach! – Zuruf von der CDU: Oh lieber Gott!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will gern das nachholen, was angemahnt wurde.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Okay!)

Dass ich dies vorhin nicht erwähnt habe, ist der Redezeit geschuldet gewesen. Es ging auch um einen anderen Inhalt.

Selbstverständlich bedanke ich mich auch im Namen der SPD für den Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes in Baden-Württemberg und für dessen Arbeit in den vergangenen 50 Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unbestritten. Aber das war nicht Thema dieser Debatte.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Lesen Sie doch das Thema: „50 Jahre Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst in Baden-Württemberg“! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Zum Jagen getragen!)

Es ging darum, zu erläutern, dass der Umstand, dass wir den Freiwilligen Polizeidienst auslaufen lassen, nichts mit Kritik an den Freiwilligen zu tun hat, sondern mit dem Schutz der Betroffenen,

(Zurufe von der CDU)

sowohl der ehrenamtlich als auch der hauptamtlich Tätigen. Das war der Hintergrund für das, was ich gesagt habe.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Im Übrigen ist der Freiwillige Polizeidienst in Baden-Württemberg der einzige in Deutschland, der seinen Dienst noch bewaffnet tut.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Die Form der Anerkennung, die wir diesen ehrenamtlich tätigen Freiwilligen noch geben, ist,

(Abg. Konrad Epple CDU: Platzpatronen!)

dass keiner aus dem Dienst herausgenommen wird. Vielmehr werden – das ist ausgerechnet worden – im Jahr 2045 immer noch 200 im Freiwilligen Polizeidienst Tätige ihren Dienst in Baden-Württemberg tun können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die haben sich bis dahin längst mit Grausen abgewandt!)

Es wird in diesem Bereich allerdings keine Neueinstellungen mehr geben. Die Begründung ist, meine ich, geliefert worden. Wir können nur hauptamtliche und ausgebildete Polizisten in diesem schwierigen Umfeld gebrauchen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immer mehr Security!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich nur auf einen einzigen Punkt noch einmal zurückkommen. Bei diesem Punkt bin ich hellhörig geworden.

Ich und andere haben darauf hingewiesen, dass sich Polizeiarbeit in der heutigen Zeit verändert und dass die Einsätze zu einem Großteil, zu einem wachsenden Teil bei – ich sage es noch einmal – Stadtfesten, Volksläufen und ähnlichen Anlässen stattfinden. Das ist so. Das ist eine Situation, die fast ein bisschen danach ruft,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! So ist es!)

den Freiwilligen Polizeidienst einzusetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie haben eine andere Lösung angedeutet. Das ist auch eine uralte Debatte. Sie haben es nur angedeutet, aber es steht im Raum. Sie haben gefragt, was eigentlich polizeiliche Aufgaben seien. Diese Frage wird immer wieder einmal gestellt. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie dann den Mut, sich aus diesen Veranstaltungen herauszuziehen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Das ist die Frage. Haben Sie den Mut, wenn, wie vor wenigen Wochen in Waiblingen, ein Triathlon stattfindet, zum Veranstalter zu sagen: „Aber für die Sicherheit sorgt ihr selbst“? Dann sagt er: „Gut, dann findet die Veranstaltung nicht statt.“

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es! Das kann niemand mehr bezahlen!)

(Dr. Ulrich Goll)

Seien Sie so ehrlich, einzugestehen, dass Sie dann in Kauf nehmen, dass es weniger Veranstaltungen dieser Art gibt, obwohl uns diese Veranstaltungen auch guttun, weil sie den Jugendlichen auch Vorbild geben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sind nach deren Meinung doch Privatveranstaltungen!)

Ich gönne jedem Stadtteil sein Stadtfest. Es ist auch ein Zeichen unserer Zeit, dass die Leute gern einmal feiern.

(Abg. Georg Nelius SPD: Das funktioniert ja nicht wegen des Freiwilligen Polizeidienstes!)

Sie sagen, sie sollten das bleiben lassen, weil das polizeilich nicht abgedeckt werden könne, obwohl Sie die Möglichkeit hätten, über den Freiwilligen Polizeidienst zu helfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Informationsfreiheitsgesetz für Baden-Württemberg – Drucksache 15/3114

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/3568

Berichterstatter: Abg. Hans-Ulrich Sckerl

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Wem darf ich das Wort für die CDU-Fraktion erteilen?

(Zurufe: Der FDP/DVP!)

– Bei der Reihenfolge der Redner der Fraktionen in der Zweiten Beratung steht die CDU an erster Stelle.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zweite Lesung!
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das Wort hat die CDU als stärkste Fraktion!)

Wer redet für die CDU?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer redet für die CDU?
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Niemand!)

Niemand?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Im Moment nicht! Wir kommen dann später!)

– Dann nehmen wir den zweiten Redner. Das ist Kollege Salomon für die Fraktion GRÜNE.

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE
– Zuruf: Der ist da!)

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren! Heute beraten wir das Informationsfreiheitsgesetz in zweiter Lesung. Die Argumente sind eigentlich schon ausgetauscht, auch in der öffentlichen Anhörung im Innenausschuss.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber bei der CDU nicht!)

Mit dem, was die CDU und die FDP/DVP dort vorgebracht haben, wird es nicht besser. Denn wenn man sich heute wirklich über das Informationsfreiheitsgesetz streiten würde, müsste man doch feststellen, dass wir damit einen parlamentarischen Blindflug anstellen.

(Beifall des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Im Gegensatz zum Gesetzentwurf der FDP/DVP kamen die grünen Gesetzesvorhaben, die wir im Bereich Informationsfreiheit gemacht haben, zur richtigen Zeit. Da war es richtig, auf das Bundesinformationsfreiheitsgesetz zu verweisen. Was Sie machen, ist, einmal abzuwarten, was die Evaluation auf Bundesebene ergibt. Wir wissen nicht, was dabei herauskommt. Das wird einem großen Flächenland wie Baden-Württemberg nicht gerecht. Nach meiner Meinung – das kam auch bei den ganzen Anhörungen, die wir gemacht haben, heraus – brauchen wir ein Informationsfreiheitsgesetz, das weiter geht als das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes.

Ich möchte Sie nur daran erinnern: Schwarz-Gelb hat im Bund bereits nach der Evaluation die Möglichkeit gehabt, ein Gesetzesvorhaben vorzulegen. Das haben Sie in diesem Bereich aber nicht gemacht. Das ist doch die eigentliche Prämisse dafür, dass Sie heute kommen und diesen Fehler ausmerzen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nur um es noch einmal zu wiederholen: Zusammengefasst heißt das für uns, nicht die Verschwiegenheit der Ämter, der Behörden ist unser oberstes Ziel. Vielmehr wurden wir auch unter der Voraussetzung gewählt, dass wir dafür eintreten, dass sich die Ämter öffnen und dort Transparenz einkehrt. Wir sind auch der Meinung, dass die Verwaltungsbeamten und -beamtinnen in unserem Land nichts zu verbergen haben. Diese arbeiten sehr gut. Wir haben gute Behörden in Baden-Württemberg.

Aber wir wollen gerade diesen Anspruch, den wir, Grün-Rot, festgeschrieben haben, dass wir Informationen freigeben wollen, dass wir die Bürger in diesem Bereich mehr beteiligen wollen, einlösen. Deshalb werden wir noch in diesem Jahr – das hat auch bereits Herr Innenminister Gall gesagt – den Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes vorlegen. Aus meiner Sicht ist unser Entwurf, der weiter gehend ist als Ihrer, der richtige Entwurf. Ihrer ist sehr kurz gesprungen. Das werden wir auch noch einmal klarstellen.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt ist es natürlich sehr schade, dass Herr Schneider, der gerade hereingekommen ist, nicht vor mir gesprochen hat. Denn ihn hätte ich mir doch gern noch einmal angehört.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Du musst ja nachher nicht weggehen, du kannst dableiben, Alex! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

(Alexander Salomon)

Ich bekäme zwar noch Luft, aber wahrscheinlich müsste ich mir die Haare ausreißen, wenn ich mir das anhörte. Da muss ich wirklich sagen: Was die CDU hier macht, ist wirklich habnübchen. Im Bund sagt sie, sie möchte weiter gehen. Hier sagt sie, sie möchte nicht weiter gehen. Meines Erachtens, Herr Schneider, können Sie einmal in Ihrer eigenen Fraktion suchen. Da gibt es bestimmt genügend Abgeordnete, die die Informationsfreiheit als sehr gut ansehen würden. Man braucht nur auf den EnBW-Untersuchungsausschuss zu verweisen.

(Beifall bei den Grünen)

Daher sollten Sie einmal in Ihrer eigenen Fraktion suchen. Da werden Sie auch Befürworter finden. Ich glaube, Sie müssen sich endlich einmal selbst eingestehen: Es hat ein Wechsel stattgefunden. Es hat auch ein Wechsel an Meinungen und an Richtungen stattgefunden. Sie müssen diesen Wechsel einfach nachvollziehen und sollten nicht immer mit Ihrem Spruch kommen: „Vor 50 Jahren war noch alles toll.“ Es hat sich etwas verändert in der Gesellschaft, und dafür steht Grün-Rot.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nachdem der Redner der CDU-Fraktion, Kollege Schneider, eingetroffen ist,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Endlich! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er musste vom Sparkassenverband hergefahren werden!)

erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Schneider.

Abg. Peter Schneider CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, den wir hier in zweiter Lesung beraten, war in der Tat – Sie haben es gerade vermerkt – ein Vorgeplänkel zum angekündigten Regierungsentwurf

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist ein Wortspiel mit meinem Namen! Das mag ich gar nicht!)

oder – ich sage es einmal ein bisschen besser – zu dem Gesetz, zu dem die Regierung von den Ideologen – wir haben es gerade gehört – von der Koalition gedrängt wird.

(Zuruf von den Grünen: Was?)

Denn in der Anhörung im Innenausschuss ist eines ganz deutlich geworden: dass es dem Innenministerium nicht eilt. Aus unserer Sicht ist das übrigens auch voll verständlich.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Gründlichkeit vor Schnelligkeit!)

Denn Sie haben ganz klar gesagt: „Wir haben Wichtigeres zu tun.“ Das verstehen wir. Denn dieses Gesetz braucht in der Tat niemand. Es ist ohne jede Notwendigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Die alte Leier!)

Es hat sich auch in der Anhörung deutlich gezeigt: Die Hauptbetroffenen sind die Kommunen. Über 70 % der Auskunftsersuchen gehen an die Kommunalverwaltungen. Was haben die kommunalen Landesverbände dazu gesagt? Unisono Ablehnung:

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Nennen Sie einmal die absoluten Zahlen!)

Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag.

Wie reagierten die Informationsfreiheitsideologen darauf? Sie seien „verstaubt“ – wortwörtlich. Schade ist nur, dass der Ministerialdirektor, der selbst einmal ein erfolgreicher Kommunalpolitiker war, das auch so nachsagen musste.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Er hat schon eine eigene Meinung! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Im Gegensatz zu Ihrer Zeit dürfen bei uns die Ministerialdirektoren eine eigene Meinung haben, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nun gibt es glücklicherweise den mit angehörten Verein „Mehr Demokratie“. Die waren natürlich dafür. Wen wundert das? Nun wurde das Ganze zum Bürgerwillen der unfreien Bürgerschaft in Baden-Württemberg hochstilisiert.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Oi!)

Jetzt habe ich einmal nachgeschaut, wer denn überhaupt in diesem Verein „Mehr Demokratie“ ist. Das sind nach deren eigener Auskunft bundesweit exakt 7 198 Mitglieder – bundesweit! Eine große Volksbewegung der Unfreien sieht anders aus, würde ich sagen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Aber natürlich wollen Sie nur diejenigen hören, die Ihnen recht geben; das ist klar. Die Hauptbetroffenen werden dann herunterqualifiziert, wie Sie es mit den kommunalen Landesverbänden gemacht haben.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sagen Sie doch einmal eine absolute Zahl von Anfragen!)

Aber das ist typisch für diese Politik des Gehörtwerdens.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Dann kommt das Argument, elf Bundesländer hätten ein solches Gesetz und fünf nicht. Jetzt müssen Sie einmal schauen, wer es nicht hat. Bayern hat es nicht, Sachsen hat es nicht, Niedersachsen hat es nicht,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Niedersachsen hat es im Koalitionsvertrag stehen!)

Hessen hat es nicht, und Baden-Württemberg hat es nicht. Jetzt qualifizieren Sie diese natürlich prompt wieder als die „Gestrigen“. Aber ich sage Ihnen: Dumm ist nur, dass das die am besten verwalteten Bundesländer sind.

(Beifall bei der CDU)

(Peter Schneider)

Dumm ist nur, dass es sich dabei um die Bundesländer mit der besten Finanzverfassung handelt; das können Sie sich ohne Weiteres anschauen. Deswegen ist ganz klar: Sie orientieren sich einmal mehr an den Absteigern. Das ist nämlich das Problem.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Der Ministerialdirektor hat in der Anhörung glücklicherweise die Aussage getätigt: „möglichst geringe Kostenbeteiligung für das Land Baden-Württemberg“. Darauf sind wir wirklich gespannt.

Ich empfehle dem Innenministerium: Lassen Sie sich mit Ihrem Gesetzentwurf ruhig Zeit; denn in der Zwischenzeit passiert in Baden-Württemberg überhaupt nichts.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zur Bürgeraktion „Mehr Demokratie“: Die genannte Mitgliederzahl dieser Bürgeraktion kann nicht ganz stimmen.

(Abg. Peter Schneider CDU: Doch!)

Ich bin Vorsitzender der AG der Naturfreunde Baden-Württemberg. Allein diese hat bereits 25 000 Mitglieder, und diese 25 000 Mitglieder der Naturfreunde sind auch Mitglied bei „Mehr Demokratie“. Sie beziehen sich wohl auf die Mitgliedsverbände; dann mag die von Ihnen genannte Zahl stimmen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Was den Zeitplan angeht, ist alles gesagt worden. Es wird noch in diesem Jahr ein Gesetzentwurf eingebracht.

Herr Schneider, Sie haben das vermutlich absichtlich missverstanden: Der Grund dafür, dass wir noch keinen Gesetzentwurf eingebracht haben, liegt nicht darin, dass wir „Wichtigeres“ zu tun haben, sondern darin, dass wir bisher „anderes“ zu tun hatten. Dieses Haus hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren nachweislich mehrfach mit Reformen und Verbesserungen im Innenressort beschäftigt. Jetzt geht es um ein Informationsfreiheitsgesetz, das auch seine Berechtigung hat.

Würde man es sich einfach machen und, obwohl eine Evaluation des Bundesinformationsfreiheitsgesetzes ansteht, vorab ein Landesinformationsfreiheitsgesetz einbringen, wäre dies aus meiner Sicht nicht vernünftig.

Wir haben in diesem Landtag, im Petitionsausschuss auch Erfahrungen mit Bürgeranliegen, mit dem Wunsch von Bürgern, Akten einzusehen und in Vorgänge Einblick zu erhalten. Daran sieht man schon, dass es das eine oder andere Problem geben kann. Das müssten wir in einem entsprechenden Gesetz berücksichtigen.

Wenn es darum geht, dass – im Verwaltungsbereich in Baden-Württemberg ist diese Kultur noch nicht verankert – Einblick in Akten genommen werden kann, in denen womöglich

Krankheitsbilder, Eigentumsverhältnisse, Namen und Daten stehen, die Dritte tatsächlich nichts angehen, dann führt dies dazu, dass in einem recht aufwendigen Verfahren die Akten gesichtet, geschwärzt und kopiert werden müssen.

(Abg. Peter Schneider CDU: So!)

Dies muss vor Einbringung eines Gesetzentwurfs überlegt sein, damit allen ein Einblick in die Akten möglich ist.

Eines möchte ich auch als ehemaliger Betriebsratsvorsitzender sagen: Informationen zu haben kann befrieden und eine Ausweitung von Konflikten verhindern. Nach einer Lösung zu suchen, bei der die Balance gewahrt ist, macht erst dann Sinn, wenn die angesprochene Evaluation stattgefunden hat.

Auch ich verspreche mir von einer Verwaltung, die weiß, dass jemand unter Umständen in die Akten schauen kann, mehr Transparenz, dadurch mehr Verständnis für bestimmte Entscheidungen und letztlich auch bessere Entscheidungen.

Es ist auch schon vorgekommen, dass Gemeinderäte nicht vollumfänglich informiert worden sind und Gutachten zu spät oder unvollständig geliefert worden sind. Wir brauchen eine Kultur, in der grundsätzlich jeder alle Informationen haben kann, aber, wenn berechtigte Interessen bestehen, bestimmte Daten auch geschützt werden können. In Akten steht viel. Durch die Möglichkeit der Einsichtnahme in diese Akten können natürlich auch Amtshaftungsansprüche und Schadensersatzansprüche entstehen. Genau diese Punkte bitte ich gründlich zu prüfen.

Deswegen können wir den schlichten Gesetzentwurf der FDP/DVP nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

(Zuruf von der CDU: Herrn Professor!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf, den wir eingebracht haben, befindet sich in zweiter Lesung. Wir haben über ihn im Ausschuss geredet. Diese Behandlung des Gesetzentwurfs im Ausschuss hat für Klarheit gesorgt.

Ich finde es schade – das ist an die CDU gerichtet –, dass Sie sich nicht einen Ruck geben und erkennen, dass Sie sich – das ist meine Meinung – mit einer veralteten Position eingegraben haben, und zwar bei einem Thema, bei dem man den Bürgerinnen und Bürgern eigentlich schmerzfrei ein Stück weit entgegenkommen könnte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da haben Sie recht!)

Machen wir uns nichts vor: Viele Leute haben bei uns das Gefühl, was in der Verwaltung passiert, weiß kein Mensch. Sie empfinden die Verwaltung als nicht besonders transparent. Es mag sein, dass das in den meisten Fällen unberechtigt ist, obwohl, wenn wir ehrlich sind, jeder von uns Abgeordneten bestimmt schon einmal mit einem Fall konfrontiert worden ist, bei dem man nicht sehr das Gefühl hatte, dass der Verwaltungsablauf transparent war. Seien wir doch einmal ehrlich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist richtig!)

(Dr. Ulrich Goll)

Auch wenn es im Großen und Ganzen transparent wäre, darf man eines nicht unterschätzen, nämlich dass viele Leute dieser Sache nicht wirklich trauen. Herr Schneider, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die beste Verwaltung haben. Wir haben auch das beste Schulsystem.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gehabt!)

Wir haben aber mittlerweile eine andere Regierung als die, die dafür jahrelang verantwortlich war,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Leider!)

weil nicht nur Fakten zählen, sondern auch Stimmungen. Wir dürfen nicht leugnen, dass die Stimmung ein bisschen in Richtung einer Distanz zum Staat geht nach der Devise: „Was dort passiert, dem trauen wir nicht.“ Das muss man ernst nehmen. Ich finde es schade, dass Sie unserem Gesetzentwurf nicht zustimmen wollen. Aber das ist Ihre Entscheidung.

Man muss natürlich auch sagen – nehmen Sie mir das nicht übel –, spannender ist natürlich in der jetzigen Situation ohnehin, was sich bei dem von Grün-Rot geplanten Gesetz abspielt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Zu Recht spannender!)

Da war die Sitzung des Ausschusses äußerst aufschlussreich. Erst kommt der euphorische Kollege Salomon mit jugendlichem Schwung daher und sagt: „Das Gesetz, das Rot-Grün 2004 in Berlin beschlossen hat, ist uns zu wenig. Wir wollen jetzt viel mehr.“

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was machen Sie mit der Evaluation auf Bundesebene?)

Anschließend lässt der Innenminister, der nicht anwesend war – lieber Herr Innenminister, man kann sicher nicht an jeder Sitzung teilnehmen; aber ich meine, Sie sind bei jeder Sitzung anwesend außer bei der öffentlichen Anhörung zum Informationsfreiheitsgesetz –,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da würde ich jetzt nichts „hineingeheimnissen“!)

seinen wackeren Ministerialdirektor ausrichten, der Minister sei bereit, sich an die Koalitionsvereinbarung zu halten. Ich sage, Begeisterung klingt etwas anders.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Wer den Betrieb kennt, sieht an dieser Stelle, wie weit die Positionen innerhalb dieser regierenden Koalition in Wirklichkeit auseinanderliegen. Das ist schon mehr als aufschlussreich. Sie, lieber Herr Schneider, haben auch registriert, dass das Referat 25, das schon den Namen „Informationsfreiheitsgesetz“ mitträgt, personell unterbesetzt ist. Das ist spannend. 300 neue Stellen gab es bei Regierungsantritt, um die notwendigen neuen Akzente zu setzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Für Parteifreunde!)

Aber für die Erarbeitung dieses Gesetzes – Frau Sitzmann hat kritisiert, wir hätten dieses Gesetz jahrelang blockiert – ist nicht einmal im zuständigen Referat genug Personal vorhan-

den. Es hat ja auch keine Priorität; das hat man deutlich gemerkt. Jetzt wird zum Jahresende ein Gesetz angekündigt. Dann wird über dieses Gesetz gestritten. Sie haben es fertiggebracht, dieses Vorhaben fast eine halbe Legislaturperiode lang nicht umzusetzen. Ich wage jetzt die Prognose: Wir werden auch nach zwei Dritteln der Legislaturperiode die Feststellung treffen, dass dieses Gesetz noch nicht da ist,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da können wir öffentlich eine Wette abschließen, Herr Kollege!)

weil Sie mit Streiten beschäftigt sind.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wird auf alle Fälle interessant!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Liebe Frau Präsidentin, wer te Kolleginnen, werte Kollegen! Nach den vorangegangenen Beratungen, nach den Anhörungen und den Diskussionen, die wir geführt haben, wird es Sie sicherlich nicht verwundert haben, liebe Kollegen der FDP/DVP, dass die Vertreter der Regierungsfractionen außerordentlich kritische Anmerkungen zu Ihrem Gesetzentwurf gemacht haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das stand schon bei der Einbringung fest!)

Ich denke, da sind wir uns einig: Wir haben ein gemeinsames Vorhaben. Da beziehe ich Sie gern mit ein, denn Sie haben klar und deutlich gesagt, dass Sie Interesse an einem Informationsfreiheitsgesetz haben. Deshalb bin ich mir ziemlich sicher, dass wir in absehbarer Zeit mit einer großen Mehrheit im Landtag von Baden-Württemberg ein solches Gesetz auf den Weg bringen werden.

Da will ich schon noch einmal sagen: Das hat nichts mit Begriffen wie „Begeisterung“ oder „Prioritätensetzung“ zu tun. Ja, wir haben Prioritäten gesetzt; das will ich gern zugeben. Die Beispiele sind bekannt: die Polizeistrukturereform, das Glücksspielgesetz, das wir in einem sehr umfangreichen und arbeitsintensiven Prozess auf den Weg gebracht haben, und ganz aktuell das Landespersonalvertretungsgesetz. Das ist für uns wichtig; es hat Priorität, es steht an vorderster Stelle, weil im kommenden Jahr Personalratswahlen stattfinden und dieses Gesetz Auswirkungen darauf haben wird. Wir haben zudem eine Novellierung des Kommunalwahlrechts auf den Weg gebracht.

Diese Beispiele sollen zum Ausdruck bringen, dass unser Haus nicht an einer Verschleppung interessiert ist – ganz im Gegenteil. Wir haben das Interesse, das Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg zu bringen, weil wir die Stimmung in der Bevölkerung wahrnehmen, weil wir das Interesse an Information wahrnehmen, und weil wir es für richtig halten, dass dieses Interesse befriedigt wird.

Ich will aber ganz deutlich sagen: Der Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben und den wir heute in zweiter Lesung beraten, entspricht nicht den Ansprüchen dieser Landesregierung. Wir möchten etwas anderes haben; wir werden die Inhalte präzi-

(Minister Reinhold Gall)

ser und detaillierter ausformulieren. Liebe Kollegen von der FDP/DVP, ich bin hoffnungsfroh, dass auch Sie unserem Gesetzentwurf dann zustimmen werden.

Wir haben auf Bitten des Landtags eine Anhörung hierzu durchgeführt und haben Stellungnahmen etwa der kommunalen Landesverbände, des Landesbeauftragten für den Datenschutz, aber beispielsweise auch des Landesverbands der Initiative „Mehr Demokratie“ eingeholt. Die Inhalte dieser Stellungnahmen waren für mich keine große Überraschung; diese hätten wir auch zuvor schon weitestgehend – jedenfalls der Richtung nach – erahnen können. Denn es hatte ja schon zuvor Äußerungen gegeben.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz steht einem solchen Gesetz grundsätzlich positiv gegenüber; überhaupt keine Frage. Er setzt sich in seiner Stellungnahme mit den internen Regelungen auseinander, aber auch mit den Konsequenzen für seine Behörde, die entstehen könnten, wenn wir diesen Weg beschreiten wollen. Er weist aber ausdrücklich auch darauf hin, dass ihm der pure Verweis auf bundesgesetzliche Regelungen viel zu wenig ist. Er macht deutlich, dass wir gut beraten wären, die Forderungen, die aus der 500-seitigen Evaluation des Bundesgesetzes hervorgehen – wenn Sie das einmal nachschlagen wollen: es beginnt auf der Seite 438 –, zumindest teilweise auch in unseren Gesetzentwurf einfließen zu lassen. Ihr Entwurf sieht eine solche Möglichkeit schlicht und ergreifend schon deshalb nicht vor, weil er sich auf das alte Gesetz stützen würde

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Das stimmt nicht!)

und nicht auf das, was der Bund als Maßnahme auf der Basis dieser Evaluation beschließen würde.

Dass der Verein „Mehr Demokratie“ dieses Gesetz unterstützt, war eigentlich auch klar. Ich will aber ausdrücklich sagen: Die Forderung, dass solche Auskünfte gebührenfrei zu erteilen sind, teile ich beispielsweise nicht. Ähnlich wie schon bei den vorangegangenen Anläufen für ein solches Gesetz sind auch die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände wieder ausgefallen, vom Gemeindetag über den Landkreistag bis zum Städtetag. In diesen Gremien – so fasse ich es einmal zusammen – wird ein solches Gesetz als nicht erforderlich erachtet. Aber auch diese Auffassung teile ich nicht – um auch das deutlich zu sagen. Denn auch wenn die Informationsmöglichkeiten und die rechtlichen Grundlagen, auf denen diese Informationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene beruhen, tatsächlich schon weiter gehend sind als diejenigen auf Landesebene oder in anderen Bereichen, sehen wir auch dort ein weiteres Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger.

Allein an diesen wenigen Äußerungen wird deutlich, welche Bandbreite an unterschiedlichen Auffassungen es zu diesem Thema gibt und wie vielschichtig das Thema tatsächlich ist. Da sind beispielsweise Fragen zur Auslösung der Konnexität zu beantworten oder auch zur Einbeziehung von Kommunen bei der Frage, welche Ausnahmetatbestände in das Gesetz aufgenommen werden sollen und welche nicht. Da ist das Thema Missbrauchsregelungen zu nennen. Auch über die Problematik von Abwägungsregelungen – beispielsweise wenn es um Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse geht – sollten wir, meine ich, nicht hinweggehen. Aber auch die einzuhaltenden Fristen oder auch das Stichwort Gebührenregelung müssen thematisiert werden – um nur einige weitere Punkte zu nennen.

Daran wird, glaube ich, deutlich, dass das Vorhaben einer sorgfältigen Abwägung bedarf, um zu einem entsprechenden Gesetz zu gelangen. Ich werde eines jedenfalls nicht tun: Das, was Sie, Herr Dr. Goll, in der ersten Lesung gefordert haben – ich habe es noch einmal nachgelesen –, ist, meine ich, schon ein bisschen abenteuerlich. Es ist etwas abenteuerlich, in der ersten Lesung die Forderung zum Ausdruck zu bringen, in einem ersten Schritt ein entsprechendes Gesetz, ähnlich wie das in Hamburg, auf den Weg zu bringen, und dann in einem zweiten Schritt zu überlegen, ob es Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

Sie haben in der Formulierung noch eines draufgesetzt, indem Sie gesagt haben: „Machen Sie irgendetwas.“ So ist es nachzulesen im Protokoll über die erste Lesung. Nein, irgendetwas werden wir nicht machen. Wir haben schon den Anspruch, etwas Vernünftiges zu machen. Da hilft auch Ihr Ablenkungsmanöver aus der vergangenen Zeit nicht, in der Sie Ihre Ablehnung zum prinzipiell gleichen Gesetzentwurf – damals von den Grünen, aber bei einer anderen Ausgangslage und in anderer Zeit – dargelegt haben. Das ist schon wichtig. Kollege Salomon hat es gesagt. Das haben Sie damals schlicht und ergreifend nicht aus Koalitionsrason gemacht, sondern die Aussagen von Hagen Kluck waren schon eindeutig. Sie haben das Bundesgesetz als Murks bezeichnet. Ich glaube, darauf sollten wir uns letztendlich nicht stützen.

Grün-Rot und das von mir geführte Haus haben den Anspruch, ein Gesetz vorzulegen, das durchdacht ist, das den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entspricht, das aber auch Rücksicht auf die Praktikabilität im Alltag nimmt. Mit diesem Gesetzentwurf können Sie in Kürze rechnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Es geht nur um eine Richtigstellung, lieber Herr Innenminister. Natürlich sieht der Entwurf vor, dass das Bundesgesetz in seiner jeweiligen Form und Fassung auch bei uns gilt. Das heißt, wir haben genau dieses Problem der Evaluation elegant gelöst. Alle Verbesserungen in der Evaluation fließen also in die geltende Regelung ein.

Darum verstehe ich nicht, dass man diesen Weg nicht wenigstens in zwei Schritten geht, indem man dieses Gesetz sozusagen niederschwellig übernimmt, was kein Problem wäre, und sich dann – weil schon absehbar ist, dass man lange braucht – Gedanken macht, was zu tun ist, bis ein anderes Gesetz kommt.

Tatsache ist: Wir haben immer noch kein Gesetz. Das ist nach all den Tönen, die wir zu dem Thema früher gehört haben, erstaunlich genug. Wir haben jetzt noch kein Gesetz. Ich würde Ihnen dringend raten, aus Ihrer Sicht – auch wenn es Ihnen vielleicht nicht genug ist; übrigens war auch Hagen Kluck dieses Gesetz nicht genug – den Spatz in der Hand zu behalten. Ich bin gespannt, wie lange Sie brauchen, um die Taube auf dem Dach zu jagen. Es würde mich nicht einmal wundern, wenn Sie es gar nicht gebacken bekämen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 15/3114. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 15/3568, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte darum, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/3114 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. April 2013 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: 2. berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2013 (mit Fortschreibung bis 2016) – Drucksachen 15/3331, 15/3562

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, bevor wir die Sitzung beenden – ich glaube, so früh, um 11:09 Uhr, hat noch keine halbtägige Plenarsitzung geendet –, darf ich Sie noch auf eine Veranstaltung hinweisen.

Um 13:00 Uhr findet die Eröffnung der Ausstellung „albwacholder“ mit anschließendem Imbiss in der Eingangshalle statt. Die Gruppe „albwacholder“, der Forst und das Biosphärenzentrum Schwäbische Alb möchten mit dieser Ausstellung die wichtige Erholungs- und Kulturlandschaft würdigen. Auch wenn die Plenarsitzung heute früher zu Ende ist, hoffen wir und hoffen die Ausstellungsmacher dennoch auf großes Interesse der Abgeordneten. Falls Sie um 13:00 Uhr nicht mehr dabei sein können, können Sie schon jetzt einen kleinen Rundgang durch die Ausstellung machen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 19. Juni 2013, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 11:10 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“	stellvertretendes Mitglied	Mack	Pröfrock

12. 06. 2013

Peter Hauk und Fraktion